

STAATSBÜRGERLICHE

Informationen

Folge 89 / Sept.-Okt. 1960

Postkennziffer 1Y 6435E

Der Altstädter Turm
der Karlsbrücke in
Prag. Foto: Ullstein

**Die Entwicklung
in der
Tschechoslowakei
seit 1945**





Die Burg Karlstein, südwestlich von Prag, die Kaiser Karl IV. in den Jahren 1348—1356 nach Plänen des Matthias von Arras als Schatzhaus für die Reichskleinodien erbauen ließ. Foto: Südd. Verlag

Von allen Ländern Ostmitteleuropas, die heute unter sowjetischer Herrschaft stehen, ist die Tschechoslowakei dasjenige, das in jeder Hinsicht am meisten Ähnlichkeit mit den Ländern Mitteleuropas hat. Das gilt jedenfalls uneingeschränkt für den größeren westlichen Teil des Landes, für die historischen Länder Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, die heute amtlich „Böhmische Länder“ genannt werden. In sehr viel geringerem Maße gilt es für den östlichen Teil, die Slowakei, die bis 1918 fest mit Ungarn verbunden war, aber doch auch viele Merkmale aufwies, die manche Ähnlichkeit mit den Alpenländern zeigten.

Diese Gemeinsamkeiten dokumentierten sich z. B. in der etwa gleichen Bevölkerungsdichte, in der Wirtschaftsstruktur, die eine hochintensive Landwirtschaft neben einer entwickelten Industrie sah, wobei sich beide in den Beschäftigtenzahlen etwa die Waage hielten, in der ausgeglichenen, eine starke Mittelschicht begünstigenden Sozialstruktur, in der wirtschaftlich und kulturell wichtigen Rolle zahlreicher kleinerer Städte, in einem gut ausgebauten Verkehrsnetz und in einer Fülle weiterer Erscheinungen des sozialen Lebens. Sie alle bewirkten, daß man, in den dreißiger Jahren aus Sachsen, Schlesien und Österreich in die Tschechoslowakei reisend, nur an den Grenzformalitäten und den anderssprachigen Schildern merkte, daß man eine Grenze überschritten hatte. Erst wenn man weiter in die östliche Slowakei reiste, wurde das Bewußtsein, immer noch im gleichen Struktur- und Kulturbereich

zu sein, wesentlich schwächer, und es verschwand dann völlig im östlichsten Landesteil, der Karpato-Ukraine, die freilich wegen ihrer Entfernung und verkehrsmäßigen Abgelegenheit den meisten Bürgern der Tschechoslowakei unbekannt war.

Heute ist die Tschechoslowakei dagegen von dem mitteleuropäischen Lebensbereich, mit dem Böhmen und Mähren seit Beginn ihrer Geschichte ständig eng verbunden gewesen sind, ja, in dem Böhmen oftmals eine zentrale Rolle gespielt hat, nahezu hermetisch abgeschlossen und wird mehr und mehr dem osteuropäischen Lebensbereich sowjetischer Prägung angegliedert, zu dem bis 1945 meist nur politische Verbindungen bestanden, die im 19. Jahrhundert von der politischen Romantik des Panlawismus angeknüpft worden waren.

In keinem anderen Lande, die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands ausgenommen, kann diese Neuausrichtung und Umgestaltung des gesamten Lebens als so tiefgreifend und einschneidend empfunden werden wie gerade in der Tschechoslowakei. In den großen Agrarländern Ostmitteleuropas — Polen, Rumänien, Ungarn — waren allein durch die Agrarstruktur und die Besitzverteilung wie auch durch die krasse Differenzierung zwischen Herrschenden — Adel, Bürokratie, Intelligenz — und Beherrschten und das Fehlen einer breiten Mittelschicht gewisse Ähnlichkeiten mit Rußland vorhanden, so daß für die Übernahme des dort ausgebildeten Systems wenigstens einige Vorbedingungen gegeben waren. In der Tschechoslowakei, die bisher auch nicht wie jene autoritäre Staatsformen gekannt hatte, gab es keine solchen Vorbedingungen. Trotzdem ist sie genau wie jene in die neuen Zusammenhänge hineingezwängt worden. Ihr Schicksal seit 1945 ist deshalb für den Mitteleuropäer, dem die anderen Staaten Ostmitteleuropas fern und fremdartig erscheinen mögen, besonders wichtig und lehrreich.

1. Die Tschechoslowakei in den letzten Kriegsjahren

Während des zweiten Weltkrieges hatte die Tschechoslowakei ein weit weniger hartes Schicksal als Polen und Rumänien. Das Kerngebiet, Böhmen und Mähren, blieb bis in die letzten Kriegstage hinein von jeder Kriegseinwirkung verschont. Die tschechische Bevölkerung stand zwar unter einem harten deutschen Regime, war aber materiell nicht schlecht gestellt und hatte, verglichen mit anderen Völkern Osteuropas nur geringe Blutverluste, die vor allem den jüdischen Bevölkerungsteil und Teile der Intelligenzschicht trafen. Die als Racheakt für das Attentat auf Heydrich erfolgte grausame Ermordung aller (173) männlichen Bewohner des Bergarbeiterdorfes Lidice, am 11. Juni 1942, die dem tschechischen Volk Sympathien in der ganzen Welt sicherte, ist zwar als besonders verabscheuungswürdige Tat weltbekannt geworden, blieb aber, anders als in Polen und Jugoslawien, ein Einzelfall.

Die Slowakei, seit dem 14. März 1939 ein selbständiger Staat, beteiligte sich zwar am Kriege und hatte dadurch und durch den gescheiterten Aufstand in der Mittelslowakei vom August bis Oktober 1944 höhere Blutverluste, genoß aber als eigenes Staatswesen innerhalb des nationalsozialistischen Machtbereiches ziemlich weitgehende Freiheiten, durch die sich die materiellen Verhältnisse des einzelnen günstig gestalteten und in mancher Hinsicht besser waren als im Reichsgebiet.

Erst in den ersten Monaten des Jahres 1945 erreichte der Krieg auch die Slowakei, richtete aber keine sehr großen Zerstörungen mehr an. Auch der östliche Landesteil, die Karpato-Ukraine, seit dem März 1939 von Ungarn besetzt, konnte nach Horthy's Waffenstillstandsangebot vom 15. Okt. 1944 von der Roten Armee fast kampflos in wenigen Tagen eingenommen werden. Das Land und seine nichtjüdische Bevölkerung hatten somit die Kriegsjahre ohne entscheidende Schäden überstanden, die meisten Familien waren intakt geblieben, die Städte mit wenigen Ausnahmen unzerstört, die materiellen Verluste hielten sich in Grenzen und waren z. T. durch industrielle Investitionen ausgeglichen.

Ähnlich günstig war auch die außenpolitische Entwicklung verlaufen. Während sich die Großmächte noch 1938

darüber einig waren, daß der langgestreckte Vielvölkerstaat in seiner bisherigen Form nicht weiterexistieren könne, ließ Hitlers Einmarsch in Prag und der Verlauf der ersten Kriegsjahre doch bald den Gedanken einer vollständigen Wiederherstellung des Staates in den Grenzen von vor München an Zugkraft gewinnen. Der im Oktober 1938 zurückgetretene Präsident Edvard Beneš konnte im Juli 1940 die britische Zustimmung zur Bildung einer „Provisorischen Tschechoslowakischen Regierung“ im Exil erreichen, die er als Präsident im Exil mit Msgr. Jan Šrámek als Ministerpräsidenten (Kath. Volkspartei) und Jan Masaryk als Außenminister von London aus leitete. Über die Brücke einer künftigen polnisch-tschechoslowakischen Konföderation (Exilabkommen vom 11. 11. 1940 u. 9. 1. 1942) erreichte Beneš im August 1942 den Widerruf des Münchener Abkommens durch Großbritannien und brachte

deren Eintritt in die künftige Regierung. Das entsprach dem Wunsch Stalins („Einigen Sie sich mit Ihren Kommunisten und nehmen Sie sie in die Regierung auf“) und trug der Tatsache Rechnung, daß die KP in der Tschechoslowakei als einzigem Lande Ostmitteleuropas bis 1938 nicht verboten war und bei Wahlen rund 10% der Stimmen gewonnen hatte. (Mitgliederzahl vor 1938 etwa 130 000).

Beneš hatte so den in Polen und Jugoslawien tobenden Kampf zwischen einer bürgerlich-demokratischen und einer kommunistischen Orientierung vermieden, aber das wichtige Zugeständnis gemacht, daß künftig die Zahl der Parteien beschränkt und die Partei der tschechischen Agrarier und die Slowakische Volkspartei wegen ihrer „faschistischen“ Haltung überhaupt ausgeschaltet werden sollte. Immerhin war auf diese Weise die Kontinuität der Exil-



Der Marktplatz der mährischen Stadt Olmütz mit Rathaus und der Dreifaltigkeitssäule im Vordergrund.
Foto: Südd. Verlag

dann den Plan der Austreibung der sudetendeutschen und magyarischen Bevölkerung aus dem in den Grenzen von 1937 wiederzuerrichtenden Staat in die Diskussion. Im Frühjahr und Sommer 1943 konnte Beneš durch ein zwicklichtiges Doppelspiel die grundsätzliche Zustimmung Roosevelts und Stalins zum Austreibungsplan gewinnen. Als nach dem Sieg von Stalingrad der Machtanstieg der Sowjetunion deutlich wurde, verließ Beneš die bisherige Linie einer künftigen ostmitteleuropäischen Konföderation, reiste nach Moskau und schloß am 12. Dezember 1943 mit Stalin bei panslawistischen Trinksprüchen trotz britischer Bedenken einen Bündnisvertrag mit der Sowjetunion, in dem man sich gegenseitig Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zusicherte. Das Bündnis sollte sich gegen jede Erneuerung eines deutschen „Dranges nach Osten“ (im Vertragstext in deutscher Sprache genannt) richten. Bei dem Aufenthalt in Moskau traf Beneš auch Vereinbarungen mit den dort im Exil lebenden Führern der Kommunistischen Partei unter Klement Gottwald über

regierung gewahrt und eine erneute Verständigung über die Austreibung der Sudetendeutschen erzielt worden.

Der neue Staat sollte nach Beneš's Erklärungen ein „Staat der Tschechen, Slowaken und Ukrainer“ sein. Man verließ also die frühere fiktive Konzeption eines „tschechoslowakischen Volkes“, aber mit dem Plan einer Austreibung der zweitgrößten und viertgrößten Nationalitätengruppe, der Deutschen und der Madjaren zusammen fast 30% der Bevölkerung, auch den Gedanken einer „osteuropäischen Schweiz“, den einst Thomas Masaryk ausgesprochen hatte.

2. Der Verlust der Karpato-Ukraine

Knapp ein Jahr nach Unterzeichnung des Bündnisses zeigte sich, daß die beiden Partner den Begriff der territorialen Integrität verschieden interpretierten. Als die Rote Armee Ende Oktober 1944 die Karpato-Ukraine besetzt hatte, folgte ihr auf Grund eines Abkommens vom 8. Mai 1944 eine tschechische Regierungsdelegation unter Fr. Němec, um außerhalb des Kampfgebietes die zivile Gewalt im Namen der Exilregierung zu übernehmen. Während diese aber auf den äußersten Osten mit der Stadt Hust beschränkt blieb, setzte noch im November 1944 auf



Das nordöstlich von Preßburg gelegene slowakische Städtchen Neutra am Fuße des reben- und waldreichen Zobor.

Foto: Ullstein

kommunistische Initiative im ganzen Gebiet die Bildung von Nationalausschüssen ein, die am 25./26. November 1944 einen „Volkskongreß“ in Mukačevo (Munkács) mit 663 Delegierten beschickten. Dieser beschloß „einstimmig“ die Vereinigung der Karpato-Ukraine mit der Sowjet-Ukraine und setzte einen überwiegend kommunistischen „Volksrat“ als Verwaltung ein. Schon Anfang Dezember 1944 brach der Volksrat alle Verbindungen zur tschechoslowakischen Regierung ab, und die Überleitung in die Sowjetukraine begann. Die tschechoslowakische Regierungsdelegation verließ im Februar nach vergeblichen Verhandlungen endgültig das Land, und am 29. Juni 1945 trat die Tschechoslowakei die Karpato-Ukraine auch formell an die Sowjetunion ab. Schon vor ihrer Wiedererrichtung hatte die Tschechoslowakei somit 9% ihres Staatsgebietes an ihren großen Bundesgenossen verloren.

3. Koalitionsregierung und „Mittelweg“

Das hinderte den Präsidenten Beneš aber nicht, die Lage weiter optimistisch zu betrachten und an die Möglichkeit der Errichtung einer stabilen Demokratie in enger Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu glauben, denn, so schrieb Bruce Lockhart: „Präsident Beneš glaubte, die tschechischen Kommunisten seien nicht wie andere Kommunisten, und dieser Glaube wurde weithin in den USA und in England geteilt.“ Er reiste im März 1945 mit einigen Regierungsmitgliedern nach Moskau, wo in längeren Verhandlungen mit den Führern der Kommunistischen Partei die Zusammensetzung der künftigen Koalitionsregierung und Grundsätze des Programms festgelegt wurden. In die Regierung sollten je 3 Minister der allein zugelassenen Parteien eintreten: Sozialdemokratische Partei, Tschechische Sozialistische Partei (früher „Nationalsozialisten“, die Partei Beneš's), Klerikale Volkspartei, Slowakische Demokratische Partei und Kommunistische Partei. Da letztere aber aus zwei selbständigen Parteien in Böhmen/Mähren und in der Slowakei bestand, stellte sie die doppelte Zahl wie die übrigen vier Parteien. Als Ausgleich für vier nicht parteigebundene „Spezialisten“ stellte die KP außerdem zwei „Spezialisten“ aus ihren Reihen. An die

Spitze der Regierung trat aber kein Kommunist, sondern der Sozialdemokrat Zdeněk Fierlinger, bisher Botschafter der Exilregierung in Moskau. Von den fünf stellvertretenden Ministerpräsidenten stellten die Kommunisten zwei, K. Gottwald und W. Široký (Slow. KP), und besetzten die wichtigen Ministerien des Innern, der Information, des Unterrichts und das Staatssekretariat im Ministerium des Äußeren (V. Clementis), das aber weiter von Jan Masaryk geleitet wurde. Alle Parteien bildeten eine „Nationale Front“, weitere Parteien sollten nicht zugelassen, die Jugendorganisationen, die Gewerkschaften und die Sportverbände im gleichen Sinne vereinheitlicht werden. Im Wirtschaftsleben waren eine Nationalisierung der Schwerindustrie, des Bergbaus und Bankwesens und eine neue Agrarreform vorgesehen. Die Verwaltung sollte zunächst nicht zentral, sondern durch die Bildung lokaler Volksräte aufgebaut werden, die der tschechischen Tradition entsprechend den Namen „Nationalausschuß“ (národní výbor) erhielten. Für die Slowakei war eine viel weitergehende Autonomie als vor 1938 mit eigenem Landtag (Slowakischer Nationalrat) und Landesregierung (Rat der Kommissare) vorgesehen. Sobald durch den Vormarsch der Roten Armee der Ostteil der Slowakei außerhalb des Kampfgebietes lag, wurde am 5. April 1945 in Kaschau die neue Regierung Fierlinger und ihr Programm proklamiert. Noch in den letzten Kriegstagen war aber der Hauptteil des Landes in deutscher Hand oder Kampfgebiet, während die amerikanischen Armeen des Generals Patton ohne Widerstand durch das östliche Bayern über den Bayrischen und Böhmerwald nach Böhmen vorstoßen konnten (seit dem 18. April), ihren Vormarsch aber verlangsamten, da auf Grund einer Vereinbarung zwischen General Eisenhower und General Antonov die Linie Karlsbad—Pilsen—Budweis als Demarkationslinie vorgesehen war. Als Eisenhower am 4. Mai vorschlug, diese Orte sofort zu besetzen und bis an die Elbe vorzuziehen, wurde das vom sowjetischen Oberkommando sofort abgelehnt. Als am folgenden Tage, dem 5. Mai, ein tschechischer Aufstand in Prag ausbrach, die Stadt aber nicht sofort gewinnen konnte, war die Rote Armee noch doppelt so weit entfernt als die ame-

rikanischen Verbände. Diese respektierten aber die Wünsche des sowjetischen Oberkommandos, und die Chance, die Hauptstadt zu besetzen, wurde im Sinne der Waffenbrüderschaft nicht wahrgenommen. Am 9. Mai erreichte die Rote Armee Prag und besetzte in Kürze das ganze Land mit Ausnahme des von den Amerikanern besetzten westlichen Streifens.

Unter dem Einfluß der Roten Armee wurden die vorgesehenen örtlichen Nationalausschüsse und die Bezirksnationalausschüsse gebildet, die dementsprechend stark kommunistisch bestimmt waren. Unter ihrem Schutz konnten sich auch die Ausschreitungen gegen die sudetendeutsche Bevölkerung und die Strafmaßnahmen gegen die „Kollaborateure“ vollziehen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung der Besetzung des westlichen Streifens durch amerikanische Truppen bewirkte, daß die Tschechoslowakei nur kurze Zeit von der Roten Armee besetzt blieb: Im Dezember 1945 rückten sowohl die amerikanischen Verbände wie die der Roten Armee ab.

Am 16. Mai 1945 konnte Präsident Beneš wieder in Prag einziehen und die Durchführung des Regierungsprogramms und die Vertreibung (offiziell odsun — Abschiebung genannt) der Deutschen und Ungarn ankündigen.

Dem Kaschauer Programm entsprechend (deutscher Wortlaut in: Dokumentation der Vertreibung Bd. IV, 1, S. 184—203) sollte der Neuaufbau des Landes nicht im Sinne des Sozialismus, aber auch nicht im Sinne einer liberalen parlamentarischen Demokratie vor sich gehen, sondern auf einem „Mittelweg“ zwischen beiden, wie es Ždanov formuliert hatte. Beneš und seine engeren Vertrauten hofften dabei offenbar auf die Möglichkeit, eine allzu weitgehende kommunistische Machtausdehnung und ein Vorgehen mit außerparlamentarischen Mitteln zu verhindern, indem sie die Kommunisten zu enger Zusammenarbeit und zur Innehaltung parlamentarischer Spielregeln veranlaßten, die Stoßkraft kommunistischer Parolen aber durch das Nationalisierungs- und Enteignungsprogramm abschwächten. Bei den „innerhalb des kürzesten möglichen Zeitraumes“ angekündigten geheimen und direkten Wahlen konnte man dann auf Erfolge der nichtkommunistischen Parteien und einen entsprechenden Rückgang des kommunistischen Einflusses rechnen. Diese Hoffnung, zwar in enger Anlehnung an die Sowjetunion — nur diese wurde im Kaschauer Programm als Bundesgenosse genannt — und in Zusammenarbeit mit den Kommunisten, aber doch weitgehend selbständig handeln zu können, war durch eine Erklärung des Sekretärs der KPČ vom 8. April 1945 K. Gottwald bestärkt worden, in der es hieß: „Ist schon heute die Zeit, sich als nächstes Ziel die Sowjetrepublik, den sozialistischen Staat zu setzen? Nein! Das wäre ein großer strategischer Fehler, wenn die Partei solche unmittelbaren Ziele hätte. Trotz der günstigen Situa-

Außenminister Jan Masaryk, der Sohn des früheren Staatspräsidenten, neben dem tschechoslowakischen KP-Chef Klement Gottwald im Herbst 1947. Damals glaubten die nicht-kommunistischen Kräfte in der Tschechoslowakei noch an eine loyale Mitarbeit der Kommunisten in einem demokratischen Staat.

Foto: Südd. Verlag



Ein Bild aus den dreißiger Jahren: Der erste Präsident des tschechoslowakischen Staates Thomas G. Masaryk im Gespräch mit seinem Nachfolger Eduard Beneš. Links von Masaryk die Gattin von Dr. Beneš. Foto: Südd. Verlag

tion sind die nächsten Ziele nicht Sowjets und Sozialisierung, sondern die wirklich konsequente Durchführung einer demokratischen, nationalen Revolution.“

Der gesellschaftliche Umbau setzte aber noch im Mai 1945 durch eine Reihe von Regierungsdekreten ein, deren alsbaldige Durchführung die Begriffe von der Unverletzlichkeit rechtmäßigen Eigentums im tschechischen und slowakischen Volk erschüttern mußte und zweifellos einen entscheidenden Schritt zur Sozialisierung bedeutete, wenn sie sich auch überwiegend gegen national und nicht sozial bestimmte Gruppen richteten. Durch Dekret vom 19. Mai 1945 (für die Slowakei 5. Juni) wurde das Vermögen der „staatlich unzuverlässigen Personen“ unter nationale Verwaltung gestellt, wobei grundsätzlich alle Deutschen und Madjaren als staatlich unzuverlässig galten; darüber hinaus ordnete man alle „Kollaborateure“, vor allem in der Slowakei, in diese Kategorie ein. Am 21. Juni 1945 (für die Slowakei am 23. August) folgte das Dekret über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der gleichen Menschengruppen. Es wurde in Parzellen bis zu 8 ha Acker oder 12 ha Nutzfläche an „Personen slawischer Nationalität“, bevorzugt an landwirtschaftliche Arbeiter und Kleinbauern, verteilt, der Waldbesitz wurde mit geringen Ausnahmen verstaatlicht. Nachdem deutschen und madjarischen Personen und Unternehmungen jeglicher Geldverkehr und Vermögenserwerb verboten und den Deutschen und Madjaren mit wenigen Ausnahmen die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit aberkannt worden war (2. August 1945) folgte am 25. Oktober 1945 die Konfiskation des gesamten „feindlichen“ Vermögens zu Gunsten eines „Fonds der nationalen Erneuerung“, der die Neuverteilung vornehmen sollte. Fast gleichzeitig, am 24. Oktober 1945, wurde auch die im Kaschauer Programm angekündigte Nationalisierung durchgeführt, doch ging man jetzt sehr viel weiter, indem alle Banken, Versicherungsgesellschaften, die Bergwerke und andere Unternehmungen der Grundstoffindustrie und alle industriellen Großbetriebe, sowie solche der Nahrungsmittelindustrie verstaatlicht wurden.

Da auf diese Weise rund ein Drittel der Staatsbevölkerung praktisch eigentumslos und weitgehend rechtlos wurde (allein die Deutschen und Madjaren bildeten fast 30% der Staatsbevölkerung), und rund 60% der gesamten Industrie in Staatsbesitz kamen, gewannen Regierung und Nationalausschüsse eine erhebliche Machterweiterung gegenüber auch den nichtbetroffenen einzelnen Staatsbür-



gern, von denen viele entweder ihre Einbeziehung in den Kreis der zu Enteignenden fürchten mußten oder auf ihre Berücksichtigung bei der Neuverteilung hoffen konnten.

Alle diese Maßnahmen wurden noch ohne palamentarische Stütze durchgeführt. Erst einige Tage nach den entscheidenden Dekreten vom 24./25. Oktober, am 28. Oktober, trat die Provisorische Nationalversammlung zusammen, deren 300 Deputierte am 14. Oktober in den Kreisnationalausschüssen nach einem vorher festgelegten Schlüssel gewählt worden waren: In Böhmen/Mähren je 40 für die Sozialdemokraten, die Tschechischen Sozialisten, die (Katholische) Volkspartei, die Kommunisten und die Massenorganisationen, in der Slowakei je 50 für die Kommunisten und die Slowakischen Demokraten. Da die Führung der Massenorganisationen (Gewerkschaften) weitgehend kommunistisch war, verfügten die Kommunisten über etwa 120 Sitze in der Versammlung, die alle Regierungsdekrete sanktionierte und jetzt erst mit den Wahlvorbereitungen begann. Die Kommunisten setzten dabei die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre durch, in der Hoffnung, daß die jüngste Generation, die vor 1938 nur wenig von der parlamentarischen Demokratie, in ihren Entwicklungsjahren aber die Herrschaft totalitärer Systeme erlebt hatte, weitgehend kommunistisch wählen würde. In der Slowakei erschien die Stärke der Demokratischen Partei bei den für den Mai 1946 angesetzten Wahlen für einen kommunistischen Erfolg bedrohlich. Deshalb wurde dort im Januar 1946 eine weitere Partei, die Slowakische Arbeiterpartei, zugelassen, die eine Zersplitterung der nichtkommunistischen Stimmen ermöglichte.

4. Die Vertreibung der Deutschen

Bevölkerungsaustausch mit Ungarn

Fast gleichzeitig mit der Entrechtung und Enteignung der deutschen und madjarischen Bevölkerung setzte auch die Vertreibung der Deutschen ein, durch die bis Ende 1946 die Bevölkerungsstruktur der Grenzgebiete völlig umgestaltet und die anderer Gebiete, aus denen die tschechische Bevölkerung in die Grenzbezirke nachströmte,

Der malerisch gelegene, weltberühmte Kurort Karlsbad, dessen deutsche Bevölkerung im Zuge der allgemeinen Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei ihre Heimat verlassen mußte. Foto: dpa

weitgehend verändert wurde. Die Vertreibung der Deutschen wurde in einigen Gebieten schon vor den Potsdamer Entscheidungen begonnen (Höhepunkt im Juni/Juli 1945), so daß noch 1945 etwa 700-800 000 das Land verlassen mußten. Die Potsdamer Beschlüsse sahen zwar die Fortsetzung der Vertreibung vor, ordneten aber auch die vorläufige Einstellung an, bis entsprechende Pläne für die Verteilung der Vertriebenen aufgestellt waren. Nach der Annahme des Gesamtprogramms durch den Kontrollrat (20. November 1945) begann im Januar 1946 die Ausweisung in geordneteren Formen; sie dauerte das ganze Jahr hindurch an und brachte fast die gesamte verbliebene sudetendeutsche Bevölkerung in die amerikanische und die sowjetische Besatzungszone. Seit 1947 verließen nur noch kleine Gruppen von Deutschen im Rahmen der Familienzusammenführung das Land. Der kleine Rest von etwa 200 000 Deutschen (die amtlichen Angaben, s. Tab. 1, S. 16/17, für 1950 und 1957 dürften etwas zu niedrig sein) konnte im Land verbleiben, doch handelte es sich dabei zum großen Teil nicht um „antifaschistische Deutsche“, sozialdemokratische oder kommunistische Parteimitglieder, sondern um Facharbeiter, in vielen Fällen waren es reine Zufallsmaßnahmen. Gerade die deutschen Sozialdemokraten und die deutschen Kommunisten wünschten nicht mehr im Lande zu bleiben, als sich bei den Ausschreitungen und den ersten „wilden“ Austreibungen im Sommer 1945 herausgestellt hatte, daß entgegen den Ankündigungen der Regierung kaum ein Unterschied zwischen „loyalen“ und „illoyalen“ Deutschen gemacht wurde und die nationale Frage durchaus im Vordergrund stand. Die deutschen Sozialdemokraten haben deshalb größtenteils und die deutschen Kommunisten vollzählig im Rahmen einer „Aktion Ullmann“ im Jahre 1946 das Land verlassen, wobei sie gegenüber den übrigen Deutschen nur den Vorteil hatten,

daß sie einen Teil ihrer beweglichen Habe mitführen konnten. (Zur Vertreibung der Deutschen siehe auch „Informationen, Folge 56/57“, „Die Sudetendeutschen“.)

Gegenüber den wenigen verbliebenen Deutschen wurden später, nach der kommunistischen Machtübernahme, die entrenchenden Bestimmungen wieder aufgehoben. Sie konnten auf Grund eines Dekrets vom 29. November 1949 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft auf Antrag wiedererwerben und erhielten sie durch Gesetz vom 24. April 1953 automatisch, was freilich nicht die Rückgabe des konfiszierten Vermögens bedeutete, aber doch die bisherige Diskriminierung aufhob. Nach einer Definition der für diese Deutschumsreste in Prag erscheinenden Zeitung „Aufbau und Frieden“ sind die noch in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen „genauso als ein Bestandteil des tschechoslowakischen Volkes anzusehen, wie die Georgier einen Bestandteil des sowjetischen, die Sorben in der DDR des deutschen Volkes“ bildeten. Die stärksten deutschen Gruppen leben noch um Falkenau (sw. Karlsbad), Gablonz, Schluckenau-Rumburg (östlich des Elbsandstein-Gebirges), um Teplitz-Schönau und Komotau, also meist in Bergwerksgebieten.

In die auch vor 1938 fast rein deutschen Grenzbezirke strömten gleich mit der Roten Armee und den Einheiten der in der Sowjetunion aufgestellten tschechoslowakischen Armee tschechische Bevölkerungsteile ein, die das Gebiet der enteigneten Deutschen als ihr „Alaska“ ansahen, wo leicht Reichtum zu erwerben war. Mit der Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung setzte dann eine geregeltere Besiedlung ein, vor allem auf Grund eines Dekrets vom 20. Juli 1945 über „die Besiedlung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, Madjaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere

also aus dem inneren Böhmen kommen, was ein erhebliches Absinken der Bevölkerungsdichte bewirkte (s. Tabelle 3, S. 17), oder aus der Slowakei. Die Zahl der Slowaken in den „Böhmischen Ländern“ hat sich dadurch von 1930 bis 1957 fast verneunfacht. Trotz dieser Maßnahmen konnten die Grenzgebiete nicht voll besiedelt werden. Große Lücken weisen vor allem die Grenzbezirke der Kreise Karlsbad, Pilsen und Budweis auf, wo viele Gemeinden kaum bewohnt und zahlreiche Ortschaften (in ganz Böhmen über 300) völlig untergegangen, d. h. wohl gänzlich unbesiedelt sind.

Gegenüber den Madjaren konnte die Austreibung nicht in der gleichen Weise durchgeführt werden, woran vor allem der Widerstand der ungarischen Regierung und der zunehmend fühlbare Mangel an Arbeitskräften in der Tschechoslowakei schuld war. Zwar wurde am 27. Februar 1946 ein Umsiedlungsvertrag mit Ungarn geschlossen, doch weigerte sich die ungarische Regierung, zusätzliche madjarische Bevölkerung in Ungarn aufzunehmen, sondern wollte lediglich 100 000 Madjaren aus der Slowakei gegen 100 000 Slowaken aus Ungarn austauschen. Tatsächlich wurden auch diese Zahlen nicht erreicht, sondern 92 000 Madjaren gegen 63 000 Slowaken ausgetauscht. Der Friedensvertrag mit Ungarn vom 10. Februar 1947 sicherte den Madjaren in der Slowakei ausdrücklich die Menschen- und Bürgerrechte, so daß die Durchführung weiterer Umsiedlungsmaßnahmen unterblieb. Trotzdem ist die Zahl der Madjaren in der Slowakei zwischen 1930 und 1950 um 230 000 zurückgegangen, was auf „wilde“ Aussiedlung im Jahre 1945 und auf Volkstumswechsel zurückzuführen sein dürfte. Immerhin bilden die Madjaren in der Slowakei noch eine beträchtliche Minderheit. Die gegen sie verhängten Sonderbestimmungen sind seit 1953 aufgehoben.

Bei den ersten Nachkriegswahlen in der Tschechoslowakei am 25. Mai 1946 wurde die KP, die sich die Liste 1 gesichert hatte, die stärkste Partei. Das Bild zeigt einen Straßenbahnwagen mit kommunistischer Wahlpropaganda.

Foto: Südd. Verlag



Landwirte“. Für diese Siedlungsmaßnahmen standen aber, anders als in Polen, nur wenige Tschechen zur Verfügung, die aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten — wo es 1930 nur 34 000 Tschechen und Slowaken gegeben hatte — oder aus dem Ausland kamen. Insgesamt kehrten nur etwa 30 000 Tschechen aus dem westlichen Ausland zurück, 33 000 Wolhynien-Tschechen wurden im Frühjahr 1947 auf Grund eines Umsiedlungsvertrages vom 10. 7. 1946 mit der Sowjetunion aus der Gegend von Łuck und Równe in die von Saaz umgesiedelt, weitere Gruppen von mehr als 60 000 kamen aus Rumänien und Jugoslawien — insgesamt wenig mehr als 125 000. Die Neusiedler mußten

5. Die Wahlen vom Mai 1946

Machtübernahme auf parlamentarischem Wege?

Rund ein Jahr nach dem Einzug der Regierung in Prag, 6 Monate nach der Räumung des Landes durch die Rote Armee, am 25. Mai 1946, fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Diese Wahlen waren, abgesehen von der Ausschließung zahlreicher Personen vom Wahlrecht (Deutsche und Madjaren hatten generell kein Wahlrecht), relativ frei und brachten der Kommunistischen Partei den größten Erfolg, den sie bei freien Wahlen in einem Land Osteuropas

überhaupt je erzielt hat, aber nicht die erhoffte Mehrheit.

Immerhin wurde sie mit 36,7% der Stimmen die stärkste Partei und hatte in den Böhmisches Ländern sogar 43,3% aller Stimmen erhalten, während sie in der Slowakei mit nur 30,4% der Demokratischen Partei mit über 60% der Stimmen unterlegen war. Mit 114 Mandaten konnte die Kommunistische Partei zusammen mit den 39 der Sozialdemokraten eine knappe sozialistische Mehrheit im Parlament erringen (gegen 147 „Bürgerliche“), doch verzichtete sie auf die Bildung einer nur von diesen Parteien getragenen Regierung und bildete am 3. Juli 1946 wieder eine Sammelregierung der Nationalen Front, wobei aber Gottwald das Ministerpräsidium übernahm. Auch sonst verstärkten die Kommunisten ihre Position in der Regierung, in der sie jetzt ein stellvertretendes Ministerpräsidium und acht Fachministerien innehatten, u. a. zusätzlich auch das Finanzministerium, während die anderen Parteien 4 stellvertretende Ministerpräsidenten und 10 Fachministerien besetzten. In der Slowakei wurde der Rat der Kommissare trotz Proteststreiks gegen die Demokratische Partei zu deren Gunsten umgebildet.

Noch schien es, als sollte Beneš, der am 19. Juni 1946 von der Nationalversammlung einstimmig für eine dritte Periode zum Präsidenten gewählt worden war, mit seinen Hoffnungen recht behalten. Die Kommunistische Partei hielt sich an die parlamentarischen Spielregeln, ihre Versuche, die Sozialdemokratische Partei zu einer Vereinigung mit ihr zu veranlassen, blieben erfolglos, und die Aussichten, daß sie bei einer künftigen Wahl eine größere Stimmenzahl erhielt, schienen bei der geringen wirtschaftlichen Unterstützung durch die Sowjetunion und der sehr erheblichen Hilfe der UNRRA nur gering. Während in Polen schon im Januar 1947 der entscheidende Umschwung eintrat, hielt die Tschechoslowakei das Fenster nach dem Westen noch geöffnet.

6. Außenpolitische Probleme.

Der Staatsstreich vom Februar 1948

Außenpolitisch folgte die Regierung der einmal eingeschlagenen Linie eines engen Bündnisses mit der Sowjetunion und ergänzte dieses am 9. Mai 1946 durch einen Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit mit Jugoslawien, dem einstigen Bündnispartner aus der Kleinen Entente, der insbesondere als Katalysator gegen ungarische Grenzrevisionsansprüche wichtig war. Indessen ergaben sich ernsthafte Konflikte mit Polen, obwohl im Bündnisvertrag mit der Sowjetunion alsbaldiger Beitritt zu einem dreiseitigen sowjetisch-tschechoslowakisch-polnischen Bündnis vorgesehen war. Sie erwuchsen aus den territorialen Ansprüchen, die auch das neue Polen auf das 1938 von ihm besetzte Teschener Gebiet stellte, während die Tschechoslowakei die Grafschaft Glatz und Gebiete bei Ratibor und Leobschütz forderte. In Tschechien-Teschen war die Macht nach dem Abzug der deutschen Truppen von einem tschechischen Nationalausschuß übernommen worden, der die polnische Bevölkerung teilweise auf eine Stufe mit den Deutschen stellte. Darauf ließ der polnische Oberbefehlshaber Rola-Zymierski am 19. Juni 1945 einen stärkeren Verband über die Olsa vorstoßen und Tschechien-Teschen besetzen, während sich die Tschechoslowakische Armee anschickte, den tschechischen Forderungen durch Vorstöße bei Glatz und Ratibor Nachdruck zu verleihen. Auf sowjetischen Wunsch fanden Ende Juni 1945 in Moskau polnisch-tschechische Verhandlungen über die beiderseitigen Ansprüche statt, die ohne Ergebnis blieben. Es wurde lediglich die Grenze von 1938 in ihrer ganzen Ausdehnung wiederhergestellt, die Beziehungen blieben jedoch gespannt, da beide Seiten auf ihren Forderungen bestanden. Neue Verhandlungen in Prag im Februar 1946 blieben ebenfalls ergebnislos. Der erst nach der Ausschaltung der nichtkommunistischen Kräfte in Polen geschlossene polnisch-tschechoslowakische Beistandspakt vom 10. März 1947 löste dann die nationalen Spannungen und kündigte ein binnen zwei Jahren zu schließendes Abkommen über die territorialen Ansprüche an, das jedoch nie zustandekam. Die Zustände im Teschener



Das am Fuße des Böhmerwaldes gelegene Krumau mit Blick auf den Schloßsturm. Foto: Südd. Verlag

Gebiet bewirkten, daß die Zahl der Polen durch Abwanderung erheblich abnahm, erst die zunehmende Sowjetisierung beider Länder hat die Gegensätze zum Abklingen gebracht.

Obwohl die Enttäuschung über das Verhalten der Westmächte in München immer noch groß war, blieb das Bestreben doch lebendig, den Bündnissen mit der Sowjetunion, Jugoslawien und Polen auch eines mit einer westlichen Macht, vor allem Frankreich, gegenüberzustellen, und schon im Juni 1946 legte Außenminister Masaryk der französischen Regierung den Entwurf eines Bündnisvertrages vor. Die Verhandlungen darüber waren noch im Gange, als die Moskauer Außenministerkonferenz vom April 1947 und die Ausschaltung der Kommunisten aus der Regierung Ramadier Anfang Mai die sowjetisch-französischen Beziehungen verschlechterten. Im tschechoslowakischen Kabinett erhoben sich wegen der Opposition der Kommunisten lebhaft Meinungsverschiedenheiten über den Abschluß des Bündnisvertrages, die durch eine Rückfrage bei der sowjetischen Regierung geklärt werden sollten. Während der Anwesenheit einer tschechoslowakischen Regierungsdelegation in Moskau, im Juli 1947, sprach sich Stalin entschieden gegen den Abschluß aus. Der Versuch der tschechoslowakischen Regierung, auch außenpolitisch eine „Brückenstellung“ einzunehmen, die dem innenpolitischen „Mittelweg“ entsprochen hätte, war damit gescheitert, was sich noch dramatischer in der von Moskau gleichzeitig erzwungenen Absage der Teilnahme an der Pariser Marshallplan-Konferenz kundtat.

Am 4. Juli 1947 hatte das Kabinett auf Masaryks Vorschlag einstimmig beschlossen, die Einladung zur Pariser Marshallplan-Konferenz anzunehmen, und am 7. Juli wurden auch die entsprechenden Instruktionen für den Botschafter in Paris gutgeheißen, obwohl die allgemeine Lage



Der „Welsche Hof“, als Münzstätte im 13. Jahrhundert gegründet, in der mittelböhmisches Stadt Kuttenberg. Hier wurden die ersten Silbergroshen geprägt.
Foto: Keystone

durch die Abreise Molotows aus Paris eine Verschärfung erfahren hatte. Unmittelbar anschließend reisten Ministerpräsident Gottwald, Außenminister Masaryk und Justizminister Drtina zum Abschluß eines tschechoslowakisch-sowjetischen Handelsvertrages nach Moskau. Dort wurden sie in einer dramatischen Nachtsitzung (9. zum 10. Juli 1947) von Stalin vor die Entscheidung gestellt, zwischen der Teilnahme am Marshallplan und dem Bündnis mit der Sowjetunion zu wählen, da angesichts der amerikanischen Haltung beides unvereinbar sei. Eine rasch einberufene Kabinettsitzung beugte sich am 10. Juli diesem Ultimatum ebenfalls einstimmig, und noch am gleichen Tage wurde die Ablehnung der Einladung bekanntgegeben, während die Delegation aus Moskau mit einem am 12. Juli geschlossenen fünfjährigen Handelsvertrag heimkehrte.

Ganz eindeutig hatte hier die Sowjetregierung hart in die Angelegenheiten der Tschechoslowakei eingegriffen, aber noch blieb diese das einzige Land in Osteuropa, in dem nichtkommunistische Parteien entscheidend an der Regierung beteiligt waren und den Weg zu fortschreitender Sowjetisierung verstellten.

Im Herbst begann die Kommunistische Partei ihre Offensive gegen die wichtigsten und entschiedensten Gegner des Kommunismus, die Tschechische Sozialistische Partei und die Slowakische Demokratische Partei. Am 11. September 1947 wurden auf den Außenminister Masaryk und zwei Minister der Tschechischen Sozialistischen Partei, Zenkl und Drtina, vergebliche Bombenattentate verübt. Die Spuren zeigten eindeutig eine kommunistische Beteiligung, in die auch der Schwiegersohn Gottwalds, A. Čepička, verwickelt war. Die von dem kommunistischen Innenminister Nosek geleitete Polizei führte die Untersuchungen

aber nur schleppend und ohne Ergebnis, so daß es zu Konflikten zwischen Justizministerium und Innenministerium und erheblichem Mißtrauen gegen die Polizei kam. Trotz seiner Belastung wurde Čepička Anfang Dezember 1947 Minister für Innenhandel.

Gegen die Slowakische Demokratische Partei wurde dagegen der Vorwurf staatsfeindlicher Betätigung erhoben, und über 200 Personen wurden in diesem Zusammenhang verhaftet, darunter der Sekretär des stellvertretenden Ministerpräsidenten aus der Slowakischen Demokratischen Partei, Uršiny, der daraufhin am 30. Oktober zurücktrat. Als die Kommunisten daraufhin auch die Umbildung des Rats der Kommissare in Preßburg verlangten, aber auf den Widerstand der Slowakischen Demokraten stießen, mobilisierten sie die Gewerkschaften, die Widerstandsorganisationen und den Bauernverband zu einem Proteststreik am 5. November, der den Erfolg hatte, daß der Rat der Kommissare Mitte November so umgebildet wurde, daß die Slowakischen Demokraten die Mehrheit zugunsten der Kommunisten und einer neugegründeten „Freiheitspartei“ verloren.

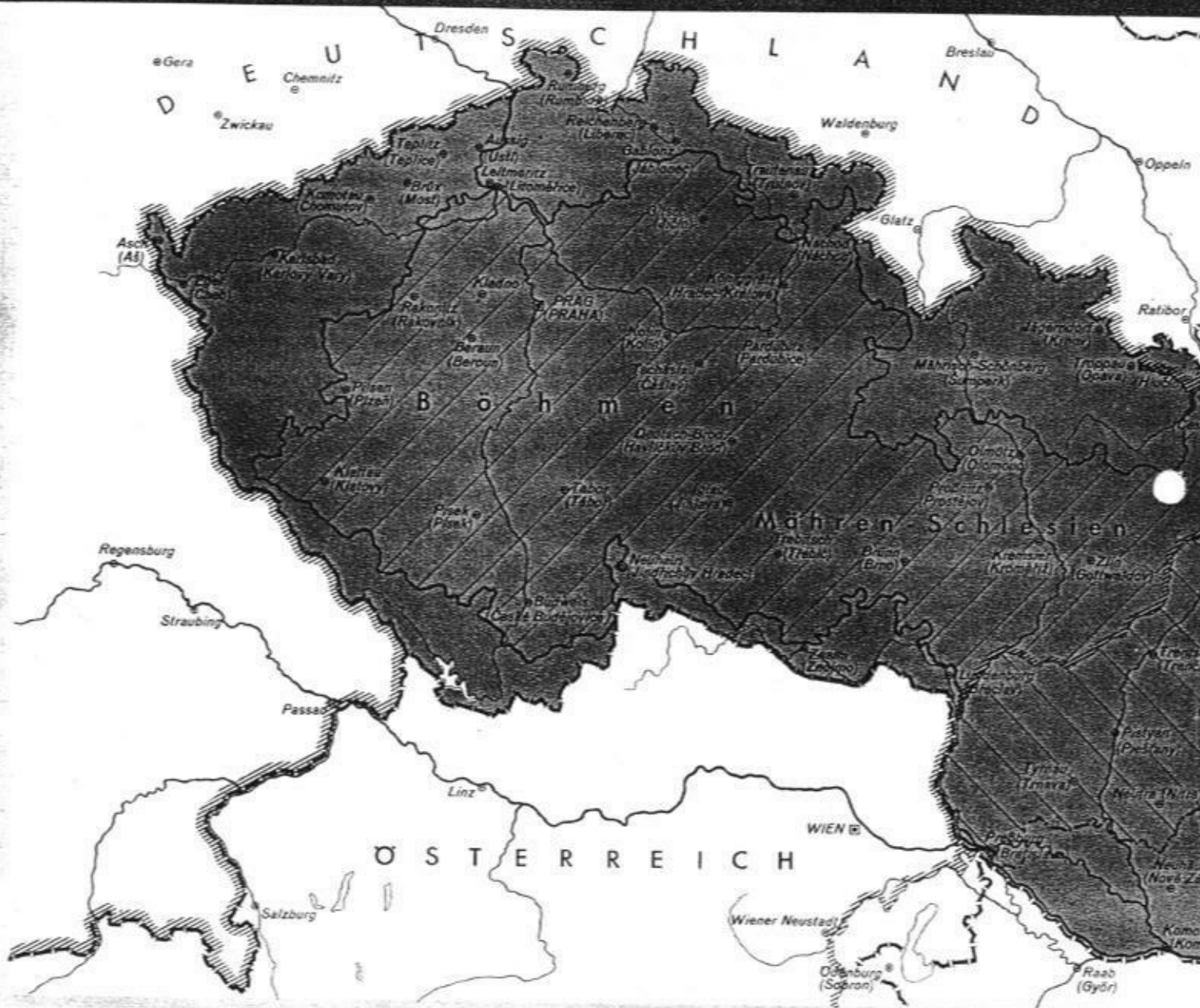
Gleichzeitig wurden aber die Hoffnungen auf eine baldige Absorption der Sozialdemokraten enttäuscht. Auf dem Parteikongreß in Brünn vom 13. bis 16. November 1947 wurde nicht der zu enger Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereite bisherige Vorsitzende Zdeněk Fierlinger, allerdings auch nicht sein Gegenspieler Majer, sondern ein Vertreter der mittleren Richtung, B. Laušman, zum Vorsitzenden gewählt; eine Fusion mit der KP lehnte der Parteitag eindeutig ab.

Durch diese Vorgänge waren die Spannungen zwischen den Kommunisten und Nichtkommunisten stark angewachsen, und die Kommunisten waren sich klar, daß ihre Popularität zurückging, obwohl ihre Mitgliederzahl weit über eine Million betrug, und daß die für den Mai 1948 angesetzten Neuwahlen keinen vollen Erfolg bringen würden. Im Februar 1948 mehrten sich die Konflikte, als die Kabinettsmehrheit gegen eine von den unter kommunistischer Führung stehenden Gewerkschaften eingebrachte unzureichende Vorlage über die Beamtenbesoldung stimmte und als das Innenministerium daranging, die ihm unterstehenden Polizeikräfte noch stärker mit Mitgliedern der KP zu durchsetzen. In Sorge um die bevorstehenden Wahlen forderten die nichtkommunistischen Minister in einer Kabinettsitzung vom 13. Februar 1948, alle Neuerennungen von höheren Polizeibeamten einzustellen und eine Reihe rückgängig zu machen, was der Innenminister verweigerte. Der Konflikt spitzte sich zu, als die nichtkommunistischen Parteien, geführt von den Tschechischen Sozialisten (Nationalsozialisten) und gestützt auf das Vertrauen des Präsidenten Beneš, beschlossen, ihre Wünsche durch die Drohung mit einer Kabinettskrise durchzusetzen, während am 19. Februar der bisherige sowjetische Gesandte in Prag und nunmehrige stellvertretende Außenminister der Sowjetunion, Zorin, in Prag eintraf.

Am 20. Februar reichten die Minister der Tschechischen Sozialisten, der (Katholischen) Volkspartei und der Slowakischen Demokraten ihre Rücktrittsgesuche beim Präsidenten ein, in der sicheren Annahme, dieser würde sie nicht annehmen und die Kommunisten zum Nachgeben veranlassen. Die Sozialdemokraten und der parteilose Außenminister Masaryk beteiligten sich aber nicht.

In den folgenden Tagen setzten Gottwald und der kommunistische Vorsitzende der Gewerkschaften, A. Zápotocký, alle Mittel der Massenbeeinflussung ein, um die nichtkommunistischen Minister als Verräter und Saboteure erscheinen zu lassen. Am 21. und 22. fanden Massenkundgebungen statt, die den Präsidenten zum Vorgehen gegen die Minister beeinflussen sollten. Der unter Leitung des kommunistischen Informationsminister Kopecký stehende Rundfunk gab den Nichtkommunisten keine Sendezeit mehr, und Polizeiaufgebote und neuformierte Arbeitermilizen besetzten die Sekretariate der drei Parteien und verhafteten einzelne Politiker. Ihre Zeitungen wurden durch Sperrung der Papierlieferungen am Erscheinen gehindert, die Vorbereitung von Gegenkundgebungen gestört. Am 23. Februar gab Präsident Beneš

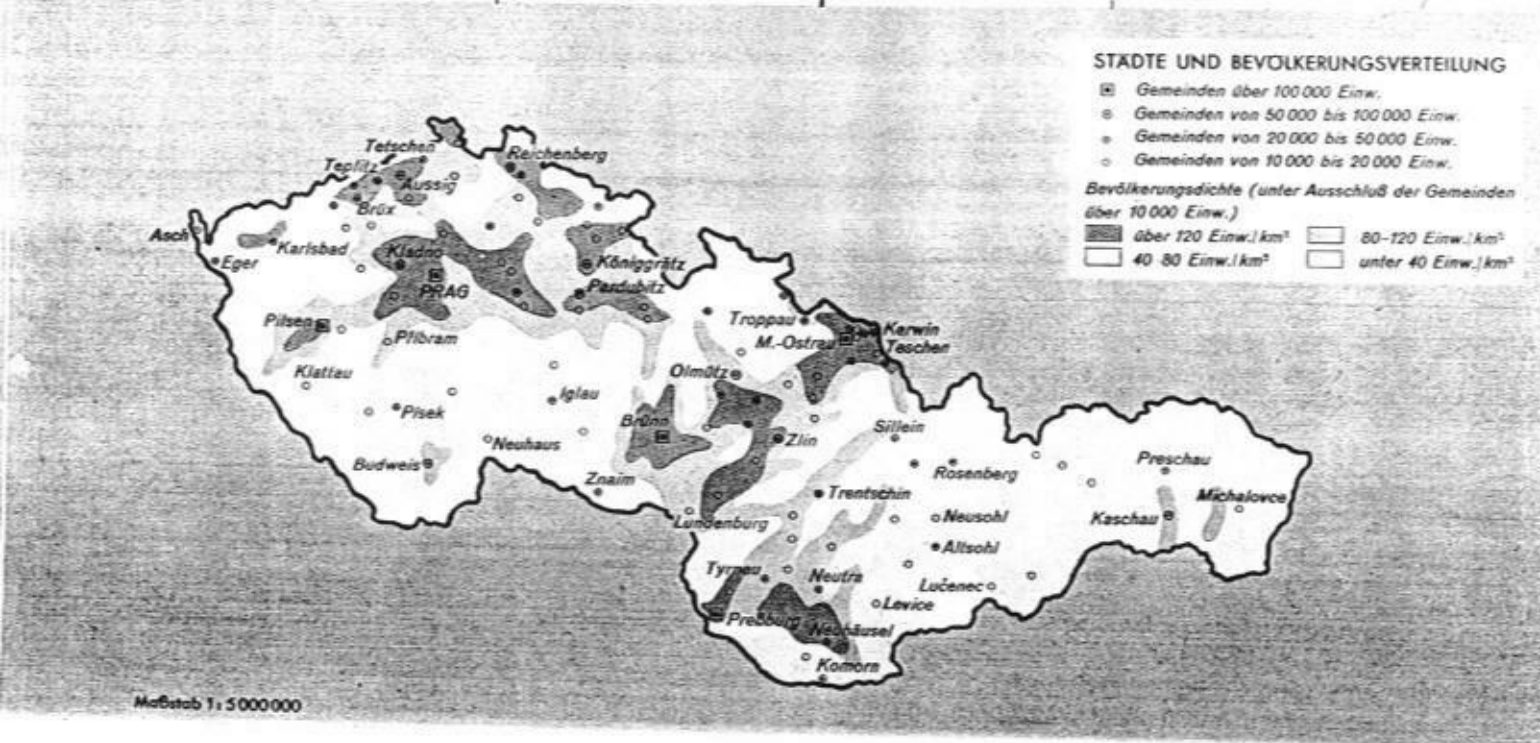
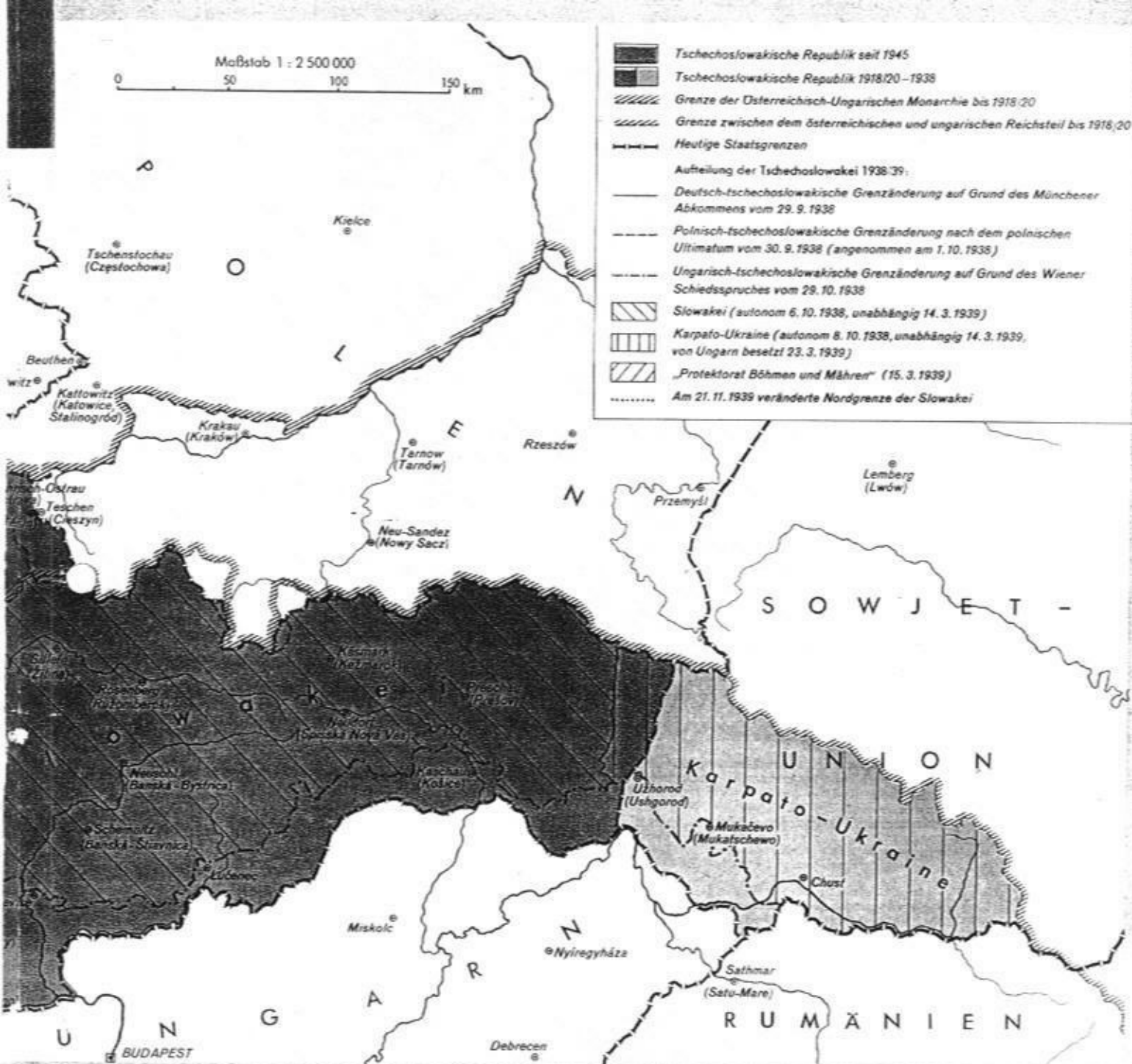
Die Tschechoslowakei seit 1918

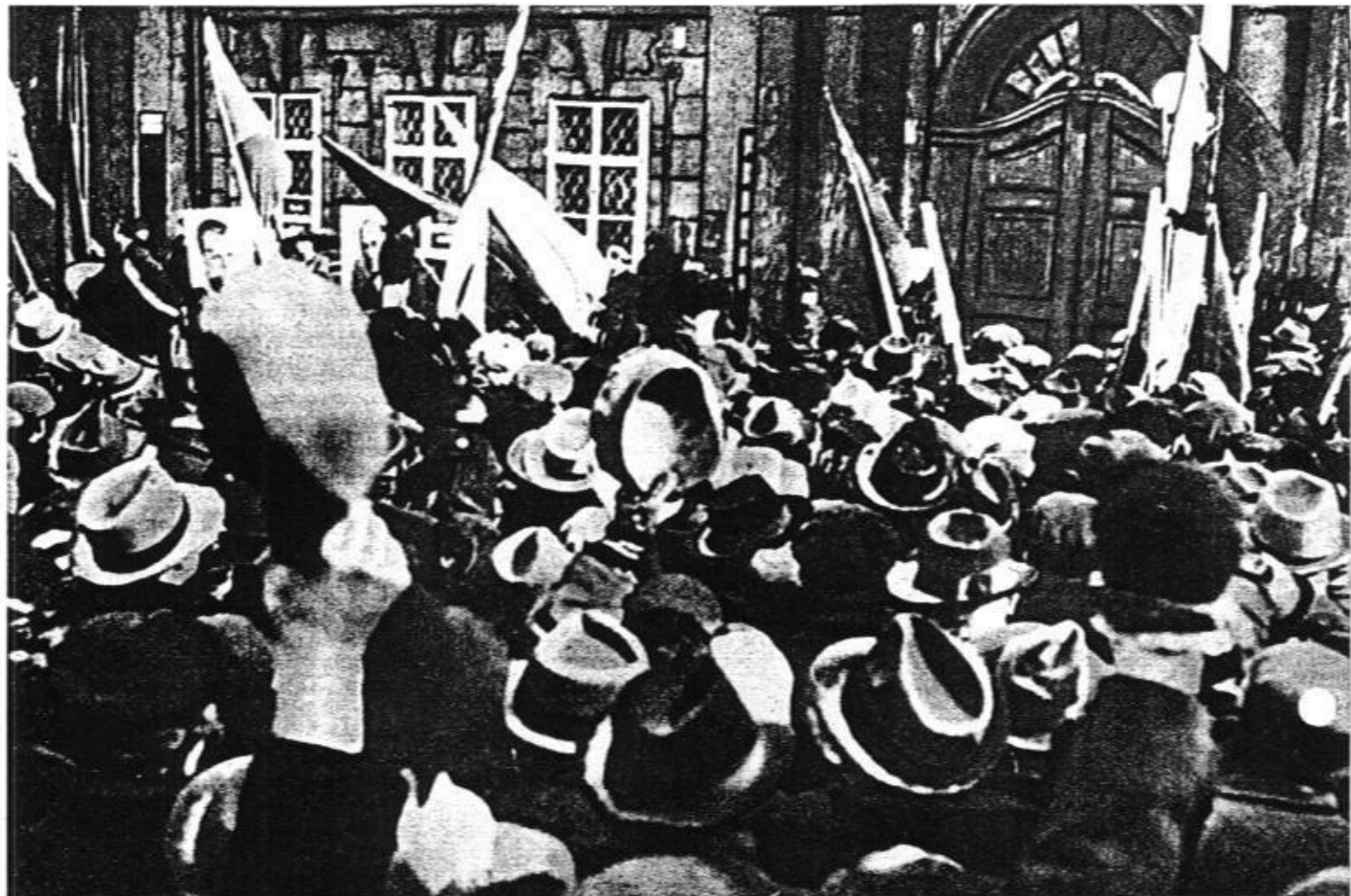


ADMINISTRATIVGLIEDERUNG

- Kraj-Grenzen
- Sitz der Verwaltung







Da die Kommunisten nicht hoffen konnten, auf legalem Wege die volle Macht zu erringen, schalteten sie die demokratischen Kräfte im Februar 1948 durch einen Staatsstreich aus. Im Bild eine von den Kommunisten inszenierte Massendemonstration gegen die legale Regierung. Foto: Südd. Verlag

Nach dem mit Mitteln der Massenbeeinflussung und der Drohung errungenen Sieg der Kommunisten wird der KP-Chef Gottwald mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Im Bild stellt Gottwald sein neues Kabinett der „erneuerten Nationalen Front“ dem Staatspräsidenten Beneš vor. Foto: dpa

noch eine zur Ruhe mahnende Rundfunckerklärung ab, ein Warnstreik vom 24. Februar und die Schwenkung der Sozialdemokraten, bei denen Fierlinger wieder entscheidenden Einfluß gewonnen hatte, auf die Seite der Kommunisten brachten aber die Entscheidung. Am 25. Februar nahm der Präsident den Rücktritt an und beauftragte Gottwald mit der Neubildung eines Kabinetts aus Kommunisten, Sozialdemokraten und je einem Vertreter der anderen Parteien, darunter der Priester Plojhar von der Volkspartei. In diesem Kabinett der „erneuerten Natio-





Kommunistischer Demonstrationszug in Prag aus Anlaß der kommunistischen Machtübernahme. Foto: Südd. Verlag

nalen Front* hatten die Kommunisten elf Sitze, bei den Sozialdemokraten war der rechte Flügel ausgeschaltet und die Angehörigen der anderen Parteien waren nur Mitläufer.

Der am 26. Februar eingebrachte Protest Frankreichs, Englands und der USA gegen die Maßnahmen der KP konnte an den vollzogenen Tatsachen ebenso wenig ändern wie ein Protestzug der Prager Studenten zum Hradštin. Zorin konnte am 26. Februar bereits wieder abreisen.

Der mit Mitteln der Massenbeeinflussung und der Drohung erreichte Sieg der KP war vollkommen, da auch die Nationalversammlung durch Verhaftungen und Säuberungen gefügig gemacht war. Den Schlußstrich unter die Tatsache der vollständigen Machtübernahme bildete der Tod des Außenministers Masaryk, der am 10. März aus dem Fenster seines Ministeriums stürzte, wobei die Frage offenblieb, ob es sich um einen Unglücksfall handelte. Ihm folgte sein Staatssekretär, der Kommunist V. Clementis. Die führenden Politiker der nichtkommunistischen Parteien gingen größtenteils ins Exil, woran sie nicht gehindert wurden.

7. Die neue Verfassung vom 9. Mai 1948.

Gottwald ersetzt Beneš.

Nach den Februartagen, die heute in Prag als das Helldenkenalter der Revolution gelten, vollzog sich der Umbau der Tschechoslowakei zur Volksdemokratie rasch und in ähnlicher Weise wie in den anderen Volksdemokratien. Die Tschechoslowakei erwarb sich sogar bald den 1956 neu bestätigten Ruf, Moskaus loyalster Bundesgenosse zu sein. Die Frage, warum sich der Staatsstreich und der folgende Umbau so verhältnismäßig leicht vollzogen, läßt sich z. T. durch den Hinweis auf die Schlüsselpositionen der Kommunisten im Innen-, Informations- und Landwirtschaftsministerium und in der Leitung der Gewerkschaften und durch ihre fast vollständige Beherrschung der Nationalausschüsse beantworten, zu denen erst 1954 erstmals Wahlen durchgeführt wurden. Da die Armee sich

streng neutral verhielt, hatten die Nichtkommunisten außerhalb des Parlaments und der von Papierlieferungen abhängigen Presse keine Machtmittel und Einflußmöglichkeiten, unterschätzten aber die Aktionsbereitschaft der Kommunisten. Deren Vorgehen wurde erleichtert durch die zweideutige Rolle mancher Parteipolitiker, vor allem bei den Sozialdemokraten. Deren Unterstützung wurde dadurch honoriert, daß alsbald die Vereinigung der beiden Parteien vollzogen wurde (offiziell am 27. Juni 1948), wobei nicht einmal wie in anderen Ländern (Polen, SBZ) der Name der KP geändert wurde. Die Slowakische Demokratische Partei, die am wenigsten willfährige Politiker gestellt hatte, wurde noch im März als „Erneuerungspartei“ neugegründet. Ein Wahlgesetz vom 16. April 1948 ließ dem Wähler nur noch die Entscheidung zwischen der Einheitsliste der „Erneuten Nationalen Front“ und einem weißen Stimmzettel, und die Sitzverteilung wurde bereits 3 Wochen vor den Parlamentswahlen festgelegt: Von 300 Sitzen hatten sich die beiden kommunistischen Parteien 211 vorbehalten, 25 gingen an die Sozialdemokraten, der unbedeutende Rest von 64 wurde auf die vier anderen Parteien (Tschechische Sozialisten, Volkspartei, Slowakische Freiheitspartei, Erneuerungspartei) verteilt. Unter diesen Umständen hatte die Wahl vom 30. Mai 1948 (offiziell 89% für die Nationale Front) praktisch keine Bedeutung mehr.

Die alte Nationalversammlung nahm am 9. Mai 1948 noch die neue Verfassung an, die in Artikel 1 verkündete, daß die Tschechoslowakei eine volksdemokratische Republik sei. Sie war weitgehend der Stalinverfassung von 1936 nachgebildet. Beneš, der diese Wandlungen nicht hatte kommen sehen, weigerte sich, diese Verfassung zu unterzeichnen und trat am 7. Juni 1948 zurück, was jedoch keinerlei Erschütterungen mehr hervorrief. Gottwald unterzeichnete sie als stellvertretender Präsident und wurde schon am 14. Juni zum neuen Präsidenten gewählt. Damit war die Einheit von Partei und Staat hergestellt. Beneš, einst der geschickteste Taktiker auf dem europäischen Parkett der 20er und 30er Jahre, überlebte seine Niederlage nur wenige Wochen. Er starb vereinsamt und verbittert am 3. September 1948. An die Spitze der Regierung



Am 10. März 1948 „stürzte“ Außenminister Jan Masaryk aus einem Fenster seines Ministeriums, des ehemaligen Palais Czernin, so gewissermaßen symbolisch den Untergang der Demokratie in der Tschechoslowakei besiegelnd.

Foto: Südd. Verlag

trat am 14. Juni 1948 Antonin Zápotocký. Sie wuchs, ähnlich wie in der Sowjetunion, durch die Bildung immer neuer Spezialministerien rasch zu einem kaum noch überschaubaren Gremium, das keinen Kabinettscharakter mehr besaß. Nichtkommunisten gehörten ihr nur noch in bedeutungslosen Ministerien an.

Nach dem Sieg war es nicht mehr nötig, die 1945 so erfolgreiche Aufteilung der KP aufrechtzuerhalten. Am 27. 9. 1948 wurden beide kommunistischen Parteien zur KPC vereinigt. Ihre Mitgliederzahl stieg im Oktober auf über 2,4 Millionen und umfaßte damit einen in keinem anderen Land des Ostblocks erreichten Höchststand von fast 20% der Gesamtbevölkerung.

8. Partei, Regierung und Verwaltung seit 1948

Die Wahl des Parteivorsitzenden Gottwald zum Staatspräsidenten fiel zeitlich mit den Beschlüssen des Komin-

form zusammen, die die beschleunigte Sowjetisierung der Ostblockstaaten, vor allem die Kollektivierung der Landwirtschaft, vorsahen und den Bruch mit Tito brachten. Die Tschechoslowakei wurde ein Musterbeispiel einer raschen und disziplinierten Durchführung dieser Beschlüsse.

Obwohl die Nationale Front und die in ihr vertretenen Parteien noch fortbestehen, treten sie nur noch bei den Einheitswahlen in Erscheinung und haben keine Bedeutung mehr. Alleiniger Repräsentant des politischen Willens ist die KPC, die nach den Worten von Zápotocký von 1957 „... gleichschaltet und führt, zugleich aber die Verantwor-

Wie in allen Satellitenstaaten werden zur Unterdrückung des Widerstandes und zur Einschüchterung der Bevölkerung Schauprozesse veranstaltet. Im Bild ein Prozeß in Preßburg, in dem Todes- und Zuchthausstrafen gegen fünfzehn Slowaken verhängt wurden.

Foto: Südd. Verlag

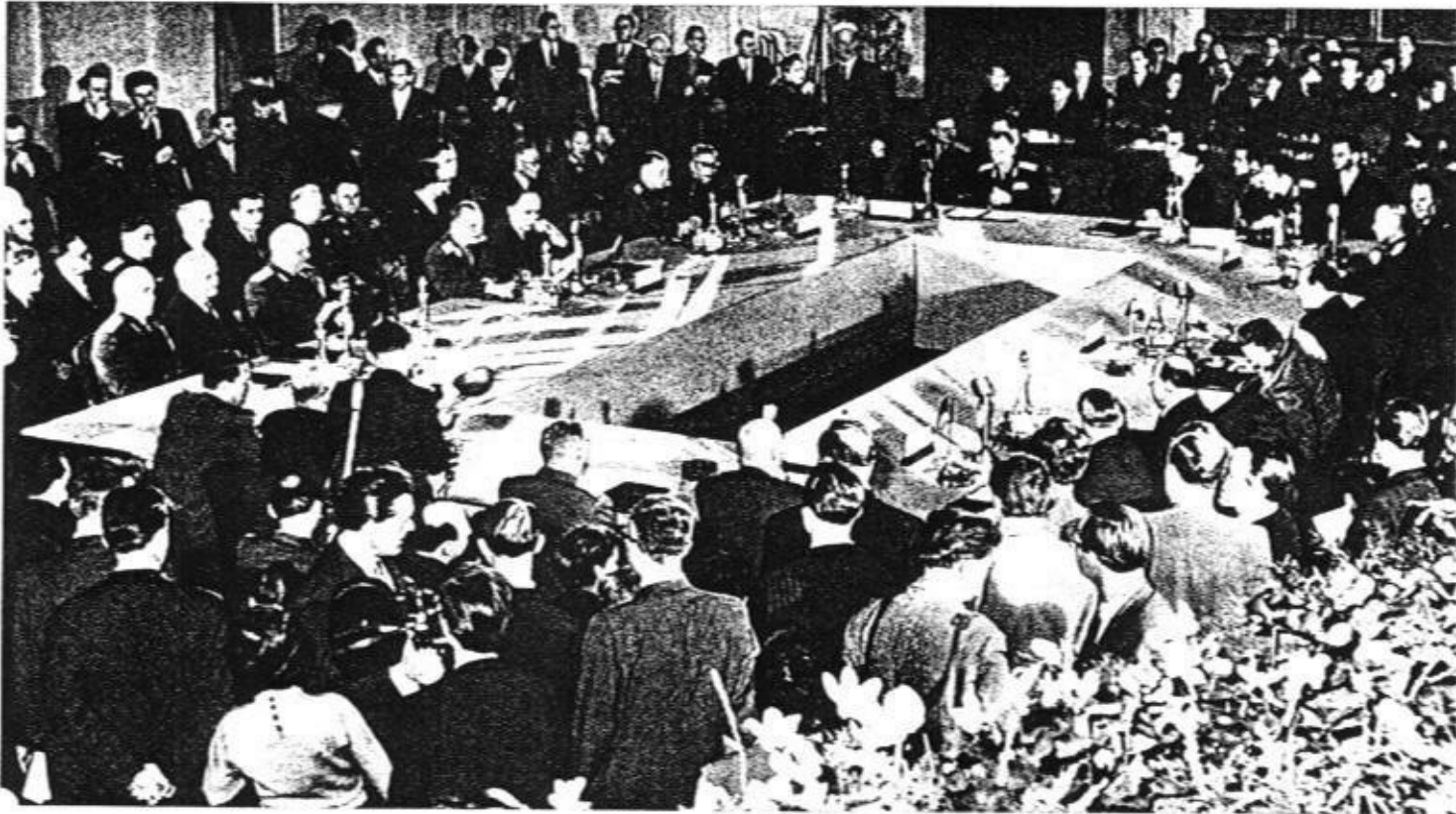


tung trägt. Das erkennen alle Bestandteile unserer Nationalen Front an. Und wenn ein Bestandteil das nicht anerkennen sollte, gehört er nicht in die Nationale Front.* Die KPC richtet sich ganz nach dem Vorbild der KPdSU und ist ähnlich wie diese schon lange keine Partei der Arbeiter und Bauern mehr, sondern überwiegend eine Funktionärspartei. 1956 waren nur noch 36,3% der Mitglieder Arbeiter und 7,3% Bauern. Ihre Mitgliederzahl ist durch „Säuberungen“ und Ausschlüsse gesunken, hält sich aber immer noch auf gleichmäßig rund 1,5 Millionen.

Nach dem Tod von Gottwald am 14. März 1953, unmittelbar nach Stalins Tod, wurde die Verbindung von Staat und Partei dem sowjetischen Vorbild entsprechend dadurch verändert, daß Zápotočký Staatspräsident, der slowakische Kommunist V. Široký Ministerpräsident wurde und die Führung der Partei statt von einem Vorsitzenden vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees Antonín Novotný übernommen wurde. Als Zápotočký viereinhalb

umgebaut, daß die Macht des Parteisekretariats gegenüber dem Politischen Sekretariat — seit 1954 Politisches Büro genannt — verringert wurde.

Die zweite Krise wurde im Jahre 1956 durch den XX. Parteitag der KPdSU hervorgerufen, als der bisher in der KPC besonders gepflegte „Persönlichkeitskult“ von dem Vorbild, der KPdSU, verurteilt wurde. Als dessen besonderer Vertreter stürzte im April 1956 der Verteidigungsminister und stellvertretende Ministerpräsident Alexis Čepička, der Schwiegersohn Gottwalds, der, obwohl nie Soldat gewesen, seit 1950 die Armee nach sowjetischem Vorbild organisiert hatte und der als harter „Stalinist“ galt. Besonders die jüngeren Parteimitglieder wurden durch die plötzliche Richtungsänderung in schwere Zweifel und Konflikte gestürzt, doch führten diese nicht zu ähnlichen Entladungen und Umgestaltungen wie in Polen und in Ungarn, die KPC zeigte sich auch hier im ganzen als willige Nachfolgerin der KPdSU.



Die Tschechoslowakei bildet ein wichtiges Glied im militärischen System des Sowjet-Blocks. Im Bild eine Tagung der Mitglieder des Warschauer Paktes im Czernin-Palais in Prag. Foto: Ullstein

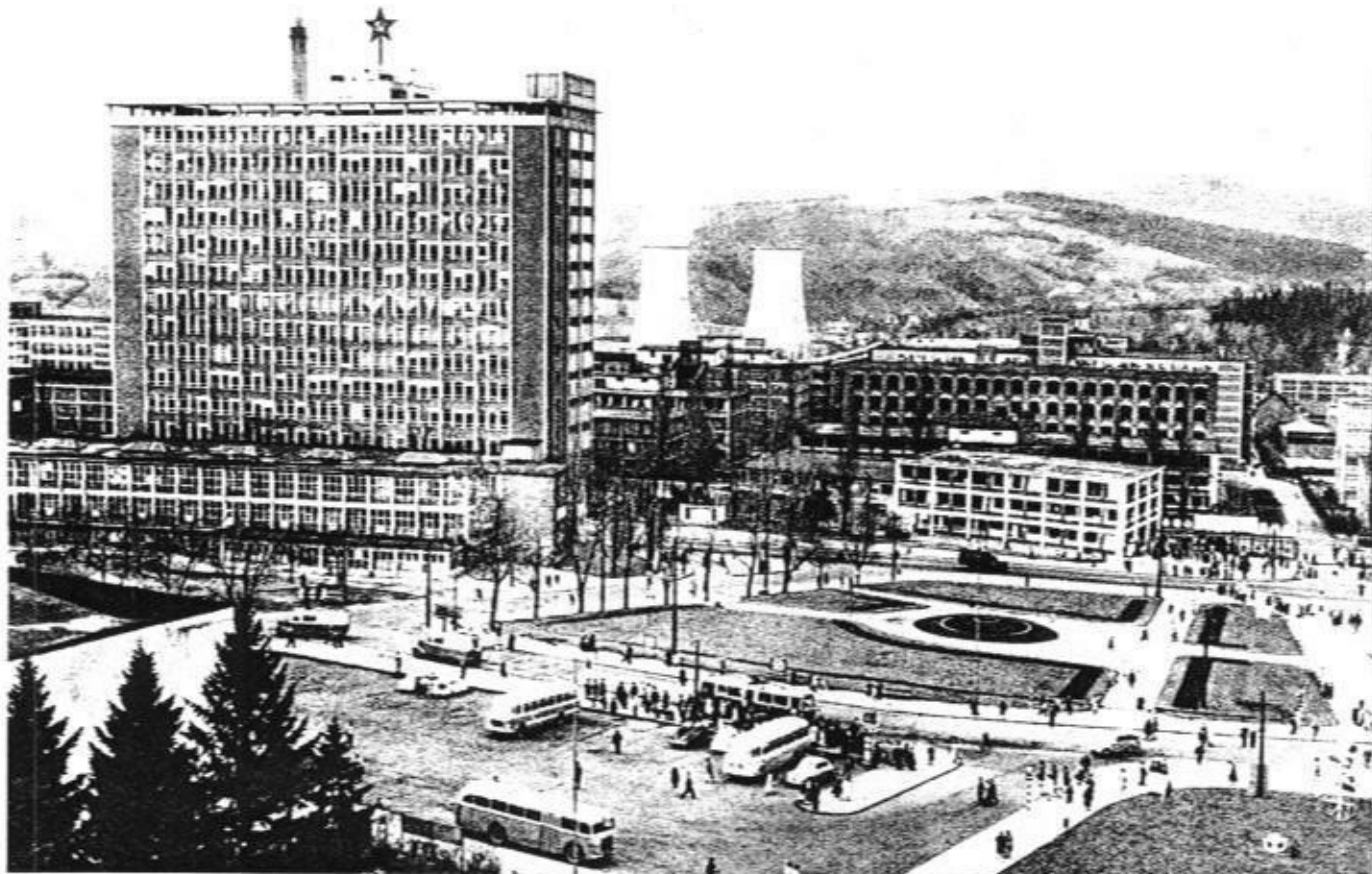
Jahre später, am 13. November 1957, starb und auch in der Sowjetunion die Abkehr von der kollektiven Führung erkennbar wurde, wurde Novotný zum neuen Präsidenten gewählt, die Spitze von Staat und Partei also wieder in eine Hand gelegt, während Široký Ministerpräsident blieb.

Ähnlich wie die KPdSU hat auch die KPC in den letzten Jahren zwei schwere Krisen durchgemacht. Die erste in den Jahren 1951/52 war durch innere Machtkämpfe zwischen Gottwald, seit 1929 Generalsekretär und seit 1946 Vorsitzender der Partei, und Rudolf Slánský (eigentlich Salzmann), seinem Nachfolger im Generalsekretariat, gekennzeichnet. Sie brachten den Sturz Slánskýs am 6. 9. 1951 (Gottwald übernahm damals wieder das Generalsekretariat), später seine Verhaftung und einen Schauprozeß vom 20. bis 27. November 1952, der den bisher mächtigsten Mann im Parteiapparat des Verrats, der Spionage und Sabotage schuldig fand. Er wurde am 3. Dezember 1952 hingerichtet, mit ihm der einstige Außenminister Clementis. In dieser „Säuberung“, in der auch antisemitische Akzente eine Rolle spielten, wurden zahlreiche bewährte Funktionäre entfernt, und die Parteiführung wurde dahingehend

In der Regierungsbildung hielt man sich auch weitgehend an das sowjetische Vorbild, indem im Herbst 1951 zahlreiche neue Ministerien für Wirtschaftsfragen gebildet wurden, so daß bei einem Kabinett von über 40 Ministern die Bildung eines inneren Kabinetts aus 10 stellvertretenden Ministerpräsidenten notwendig wurde. Schon wenige Jahre später, nach Stalins Tod, wurden aber zahlreiche Ministerien wieder abgeschafft. Da die Regierung ganz von der Partei bestimmt wird, kommt dem Wechsel in den Ministerien nur untergeordnete Bedeutung zu.

Die Verwaltung ist nach der Aufhebung der historischen Länder vom 30. November 1948 wie in der Sowjetunion dreistufig — „Kreis“ (kraj) — „Bezirk“ (okres) — „Gemeinde“ (obec). Anfang 1960 wurde die Zahl der „Kreise“ — das Gegenstück zum sowjetischen oblast, von 19 auf 10, die der Bezirke von 270 auf 108 verringert. Verwaltungsbehörden sind die Nationalausschüsse, die zwar den tschechischen Namen národní výbor haben, aber seit 1950 völlig den Sowjets in der Sowjetunion entsprechen und der Regierung unterstellt sind. Die Gemeindeselbstverwaltung ist damit beseitigt worden.

Die Sonderstellung der Slowakei ist durch die Verfassung theoretisch auf allen Gebieten außer denen der Verteidigung, der Außenpolitik und des Außenhandels gewährleistet. Da die faktische Herrschaft aber in der Hand der gleichen Partei liegt, sind die Möglichkeiten zur Son-



Im Unterschied zu den übrigen Satellitenstaaten be-
saß die Tschechoslowakei schon seit Jahrzehnten eine
hochentwickelte Industrie. Im Bild die bekannten
Bata-Werke in Zlin (heute Gottwaldov).

Foto: Keystone

derentwicklung sehr begrenzt. Sie prägt sich aber in der Verwendung der slowakischen Amtssprache und in allen kulturellen Einrichtungen aus, auch gibt es kaum noch Tschechen in slowakischen Dienststellen wie vor 1938. Der weitaus größere Bevölkerungszuwachs der Slowaken verschiebt übrigens das Zahlenverhältnis der beiden Völker zunehmend zu Gunsten der Slowaken (s. Tab. 1, S. 16/17).

9. Die Sowjetisierung des Wirtschaftslebens

Während sich in den anderen Ländern des Ostblocks unter dem Einfluß der Sowjetunion ein ziemlich weitgehender Wirtschaftsumbau in Richtung auf die Industrialisierung hin vollzog, ist diese Wandlung in der Tschecho-

slowakei bei einer schon 1930 nicht überwiegend von der Landwirtschaft bestimmten Struktur nicht so stark in Erscheinung getreten. Unmittelbar nach dem Krieg ist der Anteil der in der Industrie Beschäftigten infolge der Austreibung der Sudetendeutschen sogar etwas zurückgegangen, während der Anteil der Verwaltung stark anstieg (Tabelle 4). Für die Entwicklung seit 1948 gibt es keine vergleichbaren Daten, doch ist der Anteil der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückgegangen (von 2,2 Millionen im Jahre 1947 auf 1,6 Millionen im Jahre 1953), und der Zuwachs an Berufstätigen, deren Zahl auf über 6 Millionen anstieg, kam gänzlich der Industrie zugute.

Weit einschneidender war die Umstruktuiierung der Besitzverhältnisse, für die ja schon die Koalitionsregierung durch ihre Verstaatlichungs- und Enteignungsdekrete entscheidende Vorarbeit geleistet hatte, so daß diese Politik nach dem Februar 1948 nur systematisch fortgeführt zu werden brauchte. Sechs weitere Verstaatlichungsgesetze

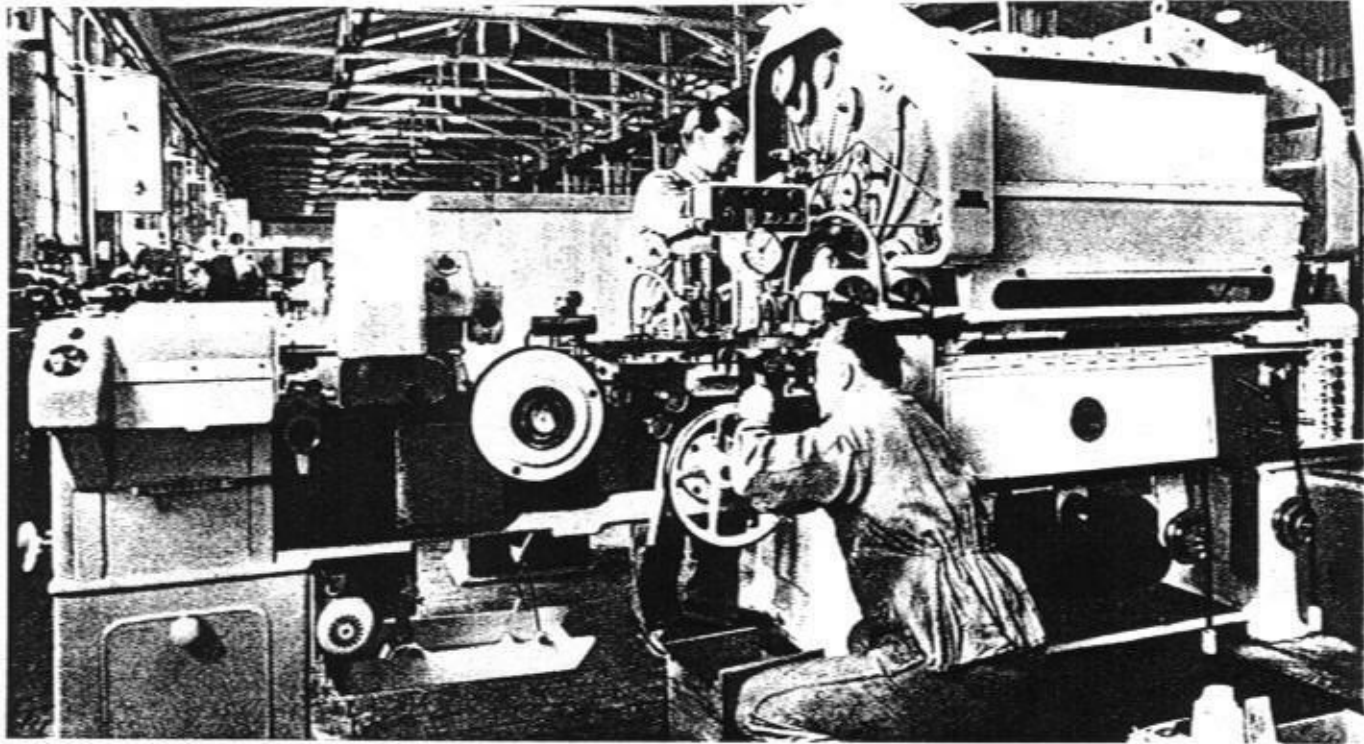
TABELLE 1

Die Nationalitäten in der Tschechoslowakei 1930, 1950, 1957

(1930 u. 1950 Volkszählungsergebnisse, 1957 fortgeschriebene Zahlen. Jeweils die

Landesteil	Tschechen						Slowaken						Deutsche						Ukrainer und Russen						
	1930		1950		1957		1930		1950		1957		1930		1950		1957		1930		1950		1957		
	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	i.Ts.	i.%	
Böhmen	7305	68,4	8344	93,8	8799	92,8	44	0,4	258	2,9	374	3,9	3150	29,5	160	1,8	159	1,7	23	0,2	19	0,2	22	0,2	
Mähren																									
Schlesien																									
Slowakei	122	3,7	40	1,2	35	0,9	2251	67,7	2983	86,6	3325	87,2	156	4,7	5	0,1	5	0,1	95	2,9	48	1,4	53	1,4	
Karpaten- Ukraine	17 ¹⁾	2,4	—	—	—	—	17 ¹⁾	2,4	—	—	—	—	13	1,9	—	—	—	—	451	62	—	—	—	—	
Tschecho- slowakei	7444	50,6	8384	67,9	8834	66,9	2312	15,7	3241	26,3	3700	27,8	3319	22,6	165	1,3	164	1,2	569	3,9	67	0,6	75	0,6	

¹⁾ Da in den Vorkriegsstatistiken, in denen allein die Karpaten-
Ukraine angeführt ist, Tschechen und Slowaken zusammen als
„Tschechoslowaken“ aufgeführt werden, sind die 34 000 „Tschecho-
slowaken“ gleichmäßig auf beide Nationalitäten aufgeteilt wor-
den, in Wirklichkeit dürfte die Zahl der Slowaken größer gewesen
sein.



Der größte Maschinenbaubetrieb der Tschechoslowakei, die heutigen „Lenin-Werke“ in Pilsen, konnte 1959 auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Foto: Ullstein

TABELLE 2

Die Grenzen der Tschechoslowakei 1937 und 1957

	Länge der Grenzen mit:	
	1937	1947
dem Deutschen Reich (für 1947 Deutschland ohne die Ostgebiete)	1545 km	815 km
Polen (und Deutsche Ostgebiete im Jahre 1947)	984 km	1391 km
Ungarn	832 km	679 km
Österreich	558 km	570 km
Rumänien	201 km	— km
UdSSR	— km	98 km
zusammen	4120 km	3553 km
Auf 1 km Landgrenze entfielen an Fläche	34,1 km ²	36 km ²

Quelle: Statist. Jahrbuch der Československé Republik, Jg. 5, Prag 1958, und Statistická ročenka republiky Československé 1958.

TABELLE 4

Berufliche Gliederung 1950 und 1947

Von 1000 berufstätigen Personen waren beschäftigt:

	1930			1947		
	Böhmen-Mähren	Slowakei	CSR ohne Karpaten-Ukraine	Böhmen-Mähren	Slowakei	CSR
i. Land- und Forstwirtschaft	327	635	395	292	590	377
i. Bergbau und Hüttenwesen	29	10	25	30	10	24
i. Industrie und Handwerk, Bauwesen	404	171	353	401	221	349
i. Handel u. Bankwesen	78	47	71	76	35	64
Transport und Verkehr	44	32	41	53	38	49
Öffentl. Dienste und Verwaltung	67	74	69	109	78	100
andere	51	30	47	40	28	36

Quelle: W. Wynne: The Population of Czechoslovakia, US Dept. of Commerce, Washington 1955.

ortsanwesende Bevölkerung einschließlich der Ausländer)

Juden ¹⁾		Madjaren				Polen			
1930	1950	1930	1950	1930	1950	1930	1950	1930	1950
i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰	i.Ts. i.‰
36	0,3	11	0,1	13	0,2	16	0,2	93	0,9
73	2,2	585	17,6	355	10,3	388	10,2	7	0,2
95	13,1	109	15,4	—	—	—	—	—	—
204	1,4	705	4,8	368	3,0	404	3,0	100	0,7
								73	0,6
								76	0,8
								2	—
								2	—
								—	—
								—	—
								78	0,6

¹⁾ Juden sind als Nationalität in den Angaben für 1950 und 1957 nicht mehr angeführt.

Quelle: Statistická ročenka Republiky Československé 1958; für die Karpaten-Ukraine und für Juden. Statist. Jahrbuch der Československé Republik 1958.

TABELLE 3

Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte der Tschechoslowakei 1930 und 1950

	1930 (1. Dez.)			1950 (1. März)		
	Fläche in qkm	Bevölkerungszahl in Tausend	Bev.-dichte (Einwohner je qkm)	Fläche	Bevölkerungszahl	Bevölkerungsdichte
Böhmen	52 062	7 109	137	78 862 ¹⁾	8 896	113
Mähren und Schlesien	26 808	3 565	133			
Slowakei	49 021	3 330	68	48 997	3 442	70
Karpaten-Ukraine	12 617	725	57	—	—	—
Tschechoslowakei	140 508	14 730	105	127 859	12 338	97

¹⁾ Die Nachkriegsstatistik weist Böhmen und Mähren nicht mehr getrennt auf, sondern gibt die Daten unter der Bezeichnung „Böhmische Länder“ für beide gemeinsam.

Quelle: Statist. Jahrbuch der Československé Republik, Jg. 5, Prag 1958, und Statistická ročenka republiky Československé 1958.



Um die Kolchosbauern über die „sozialistischen Erzeugnisse“ aufzuklären, haben sie besonders in den Wintermonaten an Schulungskursen teilgenommen.
Foto: dpa

vom 28. April 1948 sozialisierten alle Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, und im Laufe des Fünfjahresplanes (1949—1953) folgte praktisch die Verstaatlichung der gesamten Industrie, so daß nur noch das Handwerk teilweise selbständig blieb, aber auch zunehmend in Produktionsgenossenschaften zusammengelegt wurde (Tabelle 5). Der Handel wurde noch rascher als das Handwerk verstaatlicht, so daß 1954 der Privathandel praktisch ganz verschwunden war und der gesamte Handel zu etwa $\frac{3}{4}$ staatlich und zu einem Viertel genossenschaftlich gelenkt wurde.

Die Angleichung an die Sowjetunion zeigte sich vor allem in der Annahme der Fünfjahrespläne. Nach dem Ablauf des ersten, der im Herbst 1948 verkündet worden war (1949—1953), wurden zwei Einjahrespläne eingeschaltet, damit der zweite Fünfjahresplan mit dem sechsten in der Sowjetunion synchronisiert werden konnte (1956—60).

Im Rahmen des Wirtschaftssystems des Ostblocks hat die Tschechoslowakei mit ihrer hochentwickelten Maschinen- und Kraftwagenindustrie vor allem die Aufgabe, Maschinen und Traktoren zu produzieren, während die Leicht- und Bekleidungsindustrie, an der auch besonders die Sudetendeutschen beteiligt waren, in den Hintergrund tritt und die Bevölkerung nur ungenügend versorgen kann,

freilich meist noch besser als in anderen Ostblockländern (etwa Polen oder Ungarn).

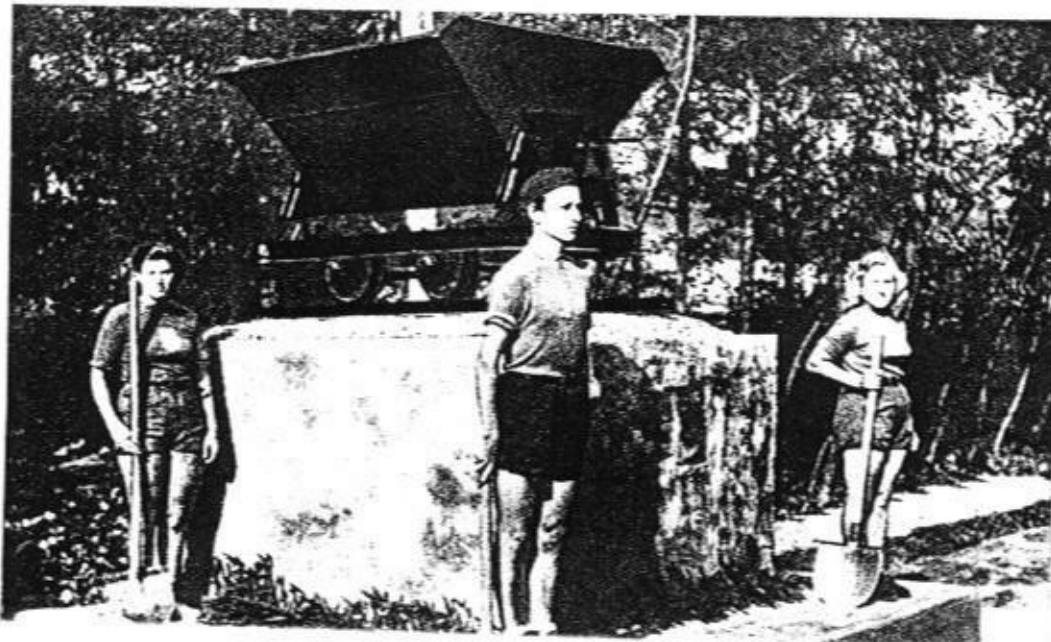
In die bäuerliche Landwirtschaft hatte die Koalitionsregierung nicht direkt eingegriffen, ihr aber durch die Siedlungsaktion auf dem enteigneten Boden der Sudetendeutschen praktisch alle nicht familiengebundenen Arbeitskräfte entzogen. Erst ein Jahr nach dem Umsturz, im Februar 1949, begann die Kollektivierung der Landwirtschaft mit einem Gesetz über die Einheitsgenossenschaften, und bis 1953 wurden schon 40% der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet. Unter dem Einfluß der „Ära Malenkov“ wurde die Kollektivierung in den Jahren 1953/1954 nicht weiter vorangetrieben, es gab sogar zahlreiche Austritte, besonders in der Slowakei. Seit 1956 wird aber die Kollektivierung wieder mit großer Energie, wenn auch nicht mit brutalen Zwangsmaßnahmen

TABELLE 5

Die Sozialisierung der Wirtschaft

Von 1000 in der Wirtschaft tätigen Personen waren beschäftigt:	1946	1953	1955
Im „kapitalistischen Sektor“	192	13	2
Im „sozialistischen Sektor“	169	663	775
In der „Kleinproduktion“ (Handwerk)	639	324	223

Quelle: *Nová mysl* Nr. 10, Oktober 1956.



Anläßlich des Jahrestages der kommunistischen Machtübernahme besucht Präsident Gottwald junge Tschechen, die an der sogenannten „Jugendstrecke“, einer 21 km langen Eisenbahnlinie, arbeiten. Im Bild eine Ehrenwache vor ihrem Symbol der Arbeit.
Foto: Südd. Verlag



Erzbischof Beran, der höchste Würdenträger der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei, der seit 1949 von den Kommunisten an der Ausübung seines Amtes gehindert wird. Foto: Südd. Verlag

fortgesetzt. 1958 bewirtschafteten die Produktionsgenossenschaften schon 66%, 1959 fast 72% der Nutzfläche. Der Anteil der nach sowjetischem Vorbild eingerichteten Staatsgüter ist ebenfalls seit 1956 im Steigen begriffen (1956 13% der Ackerfläche), obwohl ihre Produktion erheblich unter der der Genossenschaften und der Einzelbauern liegt. Gegenwärtig steht die Tschechoslowakei landwirtschaftlich zwischen der Sowjetischen Besatzungszone, wo die Kollektivierung seit dem Frühjahr 1960 vollständig ist, und Polen, wo sie nach wie vor ganz unbedeutend ist.

10. Kirchliches Leben

Für einen Kampf gegen die Kirche bestanden in der Tschechoslowakei günstigere Voraussetzungen als in anderen Ländern, da die katholische Kirche, obwohl sie

fast drei Viertel der Bevölkerung umfaßt, durch ihre einstige Verbindung mit den Habsburgern nicht im gleichen Maße als Volkskirche erscheint wie in Polen und da der Zug zum Antiklerikalismus und zur Bekenntnislosigkeit sich bei den Tschechen schon 1919 in Kirchaustrittsbewegungen und Gründung einer Nationalkirche stark bemerkbar machte. In der Slowakei hatte die katholische Kirche allerdings einen sehr viel festeren Stand und die aktive protestantische Minderheit war ebenfalls fest mit ihrer Kirche verbunden (s. Tab. 6, S. 20). Bis zum Februarumsturz blieben die Kirchen weitgehend unbehelligt, und der Prager Erzbischof Beran beglückwünschte den neuen Staatspräsidenten Gottwald in vollem Ornat vor dem St. Veits-Dom. Der Kirchenkampf begann wie in Polen im Frühjahr 1949 durch eine kommunistisch gelenkte Abspaltungsbewegung („Katholische Aktion“) von der katholischen Kirche, gegen die sich diese in Hirtenbriefen und Predigten des Erzbischofs zur Wehr setzte. Eine Störung der Fronleichnamspredigt des Erzbischofs am 19. 6. 1949 kennzeichnete den Beginn des offenen Kampfes, in dem die Kirche auch die gerade ergangenen Exkommunizierungsdekrete des Vatikans gegen Kommunisten veröffentlichte.

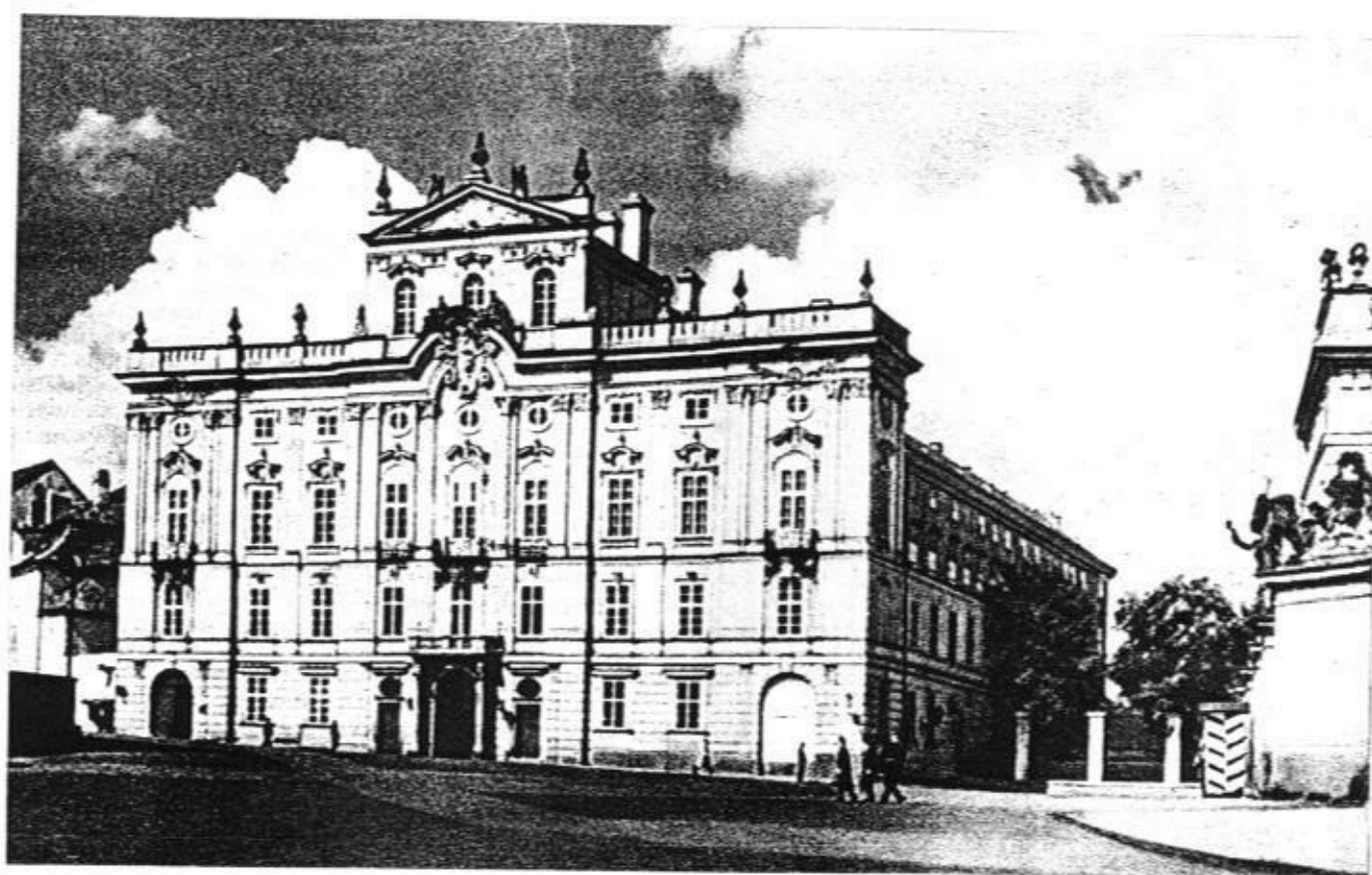
Gegen das Episkopat wurde eine Gruppe „patriotischer Priester“ mit dem seit März 1948 zum Minister aufgestiegenen Parteipolitiker Josef Plojhar an der Spitze mobilisiert, und der entscheidende Schlag fiel im Oktober 1949 durch die Schaffung eines Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten (zuerst von Čepička, dann von Fierlinger geleitet), die Einziehung des gesamten Kirchenvermögens und die staatliche Besoldung der Geistlichen, die sich größtenteils zu dem geforderten Treueid bereitfanden. In den folgenden Jahren 1950/51 wurden zahlreiche Mitglieder der Domkapitel in Schauprozessen zu langen Haftstrafen verurteilt, während die Bischöfe mit Erzbischof Beran an der Spitze meist ohne Prozeß verhaftet und interniert wurden, so daß in Böhmen/Mähren kein einziger sein Amt ausüben kann. Die Diözesen werden von Domkapitularen verwaltet, die den Wünschen von Staat und Partei gefügig sind. Die Klöster sind seit 1950 nach und nach sämtlich geschlossen worden.

Noch härter war das Vorgehen gegen die Mitglieder der Griechisch-Katholischen Kirche, die nach der Auflösung dieser Kirche in Galizien und Rumänien 1950 zum Übertritt in die viel kleinere Orthodoxe Kirche gezwungen wurden, welche nun, anders als 1930, in der Slowakei einen bedeutenden Faktor darstellt. Sehr unterschiedlich ist die Behandlung der protestantischen Kirchen, von denen die der Böhmisches Brüder kaum behelligt wird, während in die Personalangelegenheiten der Lutherischen Kirche in der Slowakei hart eingegriffen wurde.

Im Ganzen wird, seit der aktive Widerstand der Geistlichkeit durch die Prozesse und Verhaftungen erstickt worden ist, die Hoffnung des Staates offenbar auf ein allmähliches Absterben der Kirche durch eine atheistische Jugenderziehung gesetzt. Religionsunterricht gibt es seit 1952 nur noch in besonderen Einzelfällen.

Urteilsverkündung in einem der zahlreichen Schauprozesse gegen Geistliche. Die verhängten Strafen bewegen sich zwischen 12 und 25 Jahren Zuchthaus. Foto: Südd. Verlag





Das erzbischöfliche Palais in Prag. Foto: Südd. Verlag

TABELLE 6

Religionsbekenntnisse in der Tschechoslowakei 1938

(Vergleichszahlen fehlen, da in der Nachkriegszeit keine Angaben über die Konfessionszugehörigkeit gemacht werden)

Landesteil	Röm.-Kath.		Griech.-Kath.		Tschechoslov. Kath. Kirche		Protestanten aller Bekenntnisse		Orthod.		Mosaisch		ohne Bekenntnis	
	L.T.	L.‰	L.T.	L.‰	L.T.	L.‰	L.T.	L.‰	L.T.	L.‰	L.T.	L.‰	L.T.	L.‰
Böhmen	5316	74,8	8	0,1	618	8,7	325	4,6	15	0,2	76	1,1	728	10,2
Mähren und Schlesien	3062	85,9	4	0,1	161	4,5	174	4,9	10	0,3	41	1,2	105	2,9
Slowakei	2385	71,6	214	6,4	11	0,4	556	16,7	9	0,3	137	4,1	17	0,5
Karpato-Ukraine	69	9,5	359	49,5	2	0,3	74	10,2	112	15,4	103	14,1	5	0,7
Tschechoslowakei	10832	73,5	585	4,0	793	5,4	1129	7,7	146	1,0	357	2,4	855	5,8

Quelle: Statist. Jahrbuch der Tschechoslovakischen Republik, Prag 1938.

Die Entwicklung in der Tschechoslowakei ist seit dem Umsturz von 1948 durch eine weitgehende Kontinuität gekennzeichnet, ihre Phasen werden überwiegend von den Ereignissen in der Sowjetunion und denen der Weltpolitik bestimmt. Auch der die Gemüter erregende Slánský-Prozess stand im Schatten der sowjetischen Vorbilder und der übrigen „Säuberungs“-Prozesse. Es fehlt der Entwicklung der dramatische Ausdruck aktiven Widerstandes wie der 17. Juni 1953, der Posener Aufstand am 28. Juni 1956, der ungarische Aufstand. Das hat seinen Grund in einer besonderen Geisteshaltung des tschechischen Volkes, die mehr zum Hinnehmen und Ausweichen als zum Widerstand und Kämpfen neigt, auch in dem verhältnismäßig hohen Lebensstandard, der den in den Nachbarländern weit überragt.

Es wäre aber eine Täuschung, wollte man glauben, daß die Bevölkerung in „Moskaus treuestem Satellitenland“ sich in großem Umfang zum Kommunismus bekennt. Die

Studentenunruhen des Frühjahrs 1956, die ständigen Klagen über das mangelnde Interesse gerade der Jugend an allen Parteiveranstaltungen, viele kleine Einzelzüge, über die in der Tagespresse geklagt wird, zeigen, daß weite Kreise der Bevölkerung, vor allem in der Slowakei, sich keinesfalls mit dem Regime einverstanden erklären, sich aber angesichts der Kleinheit ihres Landes und der weltpolitischen Gesamtlage in eine Haltung zurückziehen, die besonders das tschechische Volk schon oft eingenommen hat: die der Resignation und des Abwartens.

Zur weiteren Orientierung:

V. Busek und N. Spulber: Czechoslovakia. In der Reihe: East Central Europe under the Communists. N.Y., Ldn., (1957)

Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas, hrsg. von E. Birke und R. Neumann, Frankfurt 1959

L. Němec: Church and State in Czechoslovakia. N.Y. 1955.